

## Europa ohne taktische Nuklearwaffen? Konzeptionelle Überlegungen zur Minimierung der erweiterten Abschreckung

Dembinski, Matthias

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dembinski, M. (1990). *Europa ohne taktische Nuklearwaffen? Konzeptionelle Überlegungen zur Minimierung der erweiterten Abschreckung*. (4/1990). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-95715-7>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

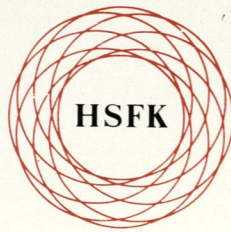
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report 4/1990



**HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS-UND  
KONFLIKT-  
FORSCHUNG**

Matthias Dembinski

**Europa ohne taktische Nuklearwaffen?**

Konzeptionelle Überlegungen zur  
Minimierung der erweiterten  
Abschreckung

HSFK-Report 4/1990

BIBLIOTHEK  
DER HESSISCHEN STIFTUNG  
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

*Archiv*

Frankfurt am Main



HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS-UND  
KONFLIKT-  
FORSCHUNG

Matthias Dembinski

**Europa ohne taktische Nuklearwaffen?**

Konzeptionelle Überlegungen zur  
Minimierung der erweiterten  
Abschreckung

HSFK-Report 4/1990  
Mai 1990

BIBLIOTHEK  
DER HESSISCHEN STIFTUNG  
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

Archiv

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung  
Friedens- und Konfliktforschung  
Leimenrode 29  
D-6000 Frankfurt/Main 1  
Telefon 069 / 550191  
Telefax 069 / 558481

ISBN 3-926197-71-4

DM 12,00



## ZUSAMMENFASSUNG

Die gegenwärtige Dynamik der Konflikttransformation im Ost-West-Verhältnis hat die Modernisierungsmaßnahmen der NATO im Bereich der Nuklearwaffen kürzerer Reichweite hinfällig und die Notwendigkeit amerikanischer Nuklearwaffen in Europa generell fragwürdig werden lassen. Noch 1988 plante die NATO auf Drängen der USA, Großbritanniens und einiger kleinerer Bündnismitglieder die umfassende Modernisierung der Nuklearwaffen in Europa (TNF). Die Modernisierung der nuklearen Artillerie war bereits im Gang; vorgesehen war außerdem die Einführung einer neuen nuklearen Kurzstreckenrakete als Ersatz für das Lance-System und die Entwicklung neuer luftgestützter nuklearer Abstandswaffen (TASM; Tactical Air-to-Surface Missile; Reichweite ca. 400 km). Weil die Umsetzung dieser Pläne auf Bedenken der Bundesregierung stieß, vertagte die NATO auf ihrer Ratstagung im Mai 1989 zunächst sowohl Beschlüsse über die "Modernisierung" der Lance als auch über die Aufnahme von Rüstungskontrollgesprächen.

Die Demokratisierung Osteuropas und die sich abzeichnende Vereinigung Deutschlands haben den Rahmen der Debatte grundlegend verändert. Der Prozeß zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands markiert überdeutlich das Ende des Kalten Krieges; die Einsetzung demokratisch legitimer Regierungen in Osteuropa nimmt nuklearen Kurzstreckenwaffen jeglichen Sinn.

Die NATO hat erst am 4. Mai 1990 mit der Erklärung des amerikanischen Präsidenten, die "Modernisierung" der nuklearen Artillerie und der Lance auszusetzen, Konsequenzen aus der veränderten Lage gezogen. Sie hat jedoch gleichzeitig betont, daß sie an der Stationierung und "Modernisierung" der luftgestützten Nuklearwaffen festhalten will.

Dieser Report versucht, die politischen und stabilitätspolitischen Nachteile, Risiken und Vorteile einer weiteren Dislozierung amerikanischer Nuklearwaffen gegen die eines vollständigen Verzichtes auf TNF abzuwägen. Er geht dabei auch auf die Option ein, die erweiterte amerikanische Abschreckung durch eine europäische "Lösung" zu ersetzen. Um über diese Alternativen entscheiden zu können, wird ein immanenter Zugang gewählt. Der Report fragt, welche Funktionen TNF bisher ausgefüllt haben, ob die kriegsverhütende Wirkung der bisherigen Form nuklearer Abschreckung die damit einhergehenden Risiken gerechtfertigt hat und ob die Existenz von TNF angesichts der veränderten politischen und militärischen Situation überhaupt noch zu begründen ist bzw. wie nukleare Abschreckung angelegt sein müßte, um den Abbau der



alten Konfliktstrukturen konstruktiv abzusichern und den Frieden in Mitteleuropa dauerhaft zu garantieren.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die Überwindung der nuklearen Abschreckung (noch) nicht auf der politischen Tagesordnung steht. Die strategischen Kernwaffenbestände der USA und der UdSSR werden auf absehbare Zeit, wenn auch in reduzierter Form, weiterbestehen, und Europa kann sich, selbst durch einen vollständigen Abzug der TNF, nicht aus dem globalen Abschreckungssystem herausdefinieren. Allerdings erscheint innerhalb dieses Abschreckungssystems ein vollständiger Verzicht auf Nuklearwaffen in Europa möglich, ohne daß dieser Schritt die Sicherheit der NATO gefährden würde. Die früheren abschreckungspolitischen Funktionen von TNF (Kompensation konventioneller Ungleichgewichte, Abschreckung eines taktisch-nuklearen Ersteinsatzes des Warschauer Paktes, Kopplung an den amerikanischen Nuklearschirm) waren entweder nie relevant, sind mittlerweile obsolet geworden oder lassen sich mit politischen Mitteln erfüllen. Die Krisenstabilität ließe sich durch einen generellen Verzicht auf TNF erhöhen, die Aussichten, einen Krieg schnell zu beenden und Schäden zu begrenzen, ebenso.

Auch ordnungspolitische Überlegungen sprechen nicht für die weitere Existenz von Nuklearwaffen in Europa. Sowohl die Einbindung Deutschlands in das westliche Sicherheitssystem als auch die Errichtung einer europäischen Friedensordnung würden durch einen Verzicht auf TNF eher begünstigt als behindert.

Daher wird abschließend vorgeschlagen, die nukleare Artillerie einseitig zu reduzieren und möglichst bald Gespräche über eine Beseitigung der nuklearen Kurzstreckenraketen aufzunehmen. Auch auf eine "Modernisierung" der luftgestützten Nuklearwaffen sollte die NATO verzichten. Die dauerhafte Ausklammerung dieser Waffenkategorie aus dem Abrüstungsdialog könnte nicht nur für die Verständigung über Deutschland katastrophale Konsequenzen haben. Sie wäre auch kaum mit dem Prinzip einer kooperativen Friedensordnung, zu der als Bedingung der Dialog über Strukturen der Sicherheit für alle gehört, vereinbar. Ob die Einbeziehung der luftgestützten Nuklearwaffen in der ersten Phase der Abrüstungsgespräche erfolgen oder ob diese Problematik zunächst zurückgestellt werden sollte, ist eine Frage von zweitrangiger Bedeutung. Ebensowenig dürfen die unabhängigen Nuklearpotentiale Frankreichs und Großbritanniens dem Abrüstungsdialog auf Dauer entzogen werden. Sollten sich die Drittstaaten weigern, ihre Nuklearwaffen in den Abrüstungsprozeß einzubringen, wird der Westen nicht umhin kommen, der Sowjetunion Kompensationen für diese Potentiale anzubieten.

## Übersicht

	Seite
1. <u>Einleitung</u>	1
2. <u>Aktuelle Vorstellungen über eine Minimierung der nuklearen Abschreckung in Europa</u>	3
3. <u>Funktionen einer minimierten Abschreckung in Europa. Gestern und Heute</u>	7
3.1. <u>Elemente einer minimierten Abschreckung</u>	8
3.2. <u>Nuklearwaffen in Europa und Kriegsverhütung</u>	10
3.2.1. Nuklearwaffen in Europa und Abschreckung	10
3.2.2. Nuklearwaffen in Europa und Krisenstabilität	18
3.3. <u>Nuklearwaffen in Europa und Schadensbegrenzung</u>	20
3.4. <u>Ordnungspolitische Funktionen von Nuklearwaffen in Europa</u>	24
3.5. <u>Zusammenfassende Bewertung: Operative Kriterien einer minimierten erweiterten Abschreckung</u>	28
Anmerkungen	31



## 1. Einleitung

"Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Denuklearisierung"(1) schrieb Richard K. Betts im Sommer 1989 in einem Beitrag zum vierzigjährigen Bestehen der NATO. Diese Perspektive klang damals überzogen, mutete angesichts der geplanten Modernisierungen im nuklearen Kurzstreckenbereich sogar irreführend an. Mittlerweile scheint sie, zumindest was die amerikanischen und sowjetischen Nuklearwaffen kürzerer Reichweite angeht, Realität zu werden. Für diese Entwicklung sind unterschiedliche Ursachen und Rahmenbedingungen verantwortlich zu machen, deren kumulative Wirkung sich in den nächsten Jahren voraussichtlich noch verstärken wird.

Der Trend zu einer Verringerung der Abhängigkeit der westlichen Sicherheitspolitik von Nuklearwaffen setzte zwar schon in den siebziger Jahren ein. Besondere Dynamik gewann diese Tendenz jedoch erst durch die jüngsten Entwicklungen. Bereits vor den Umbrüchen in Osteuropa hat die nukleare Abschreckung deutlich an innenpolitischer Legitimation verloren. Das betrifft alle NATO-Staaten, war aber in der Bundesrepublik sicherlich am ausgeprägtesten.(2)

Hier haben vor allem die Nachrüstungsdebatte und der INF-Vertrag zu einer weiter wachsenden Ablehnung der Politik nuklearer Abschreckung und zur Suche nach einer Neuformulierung westeuropäischer Sicherheitspolitik beigetragen. Die Auseinandersetzungen um die Mittelstreckenraketen haben einen Großteil der Bundesdeutschen gegenüber den Gefahren nuklearer Abschreckung sensibilisiert. Der Reykjavik-Gipfel und der INF-Vertrag haben beim anderen Teil die Zweifel an den Schutzgarantien der USA verstärkt. Der Vertrag wirkt dabei gleich in zweifacher Hinsicht als Anstoß für eine weitere Reduzierung der Nuklearwaffen. Zum einen hat er gezeigt, daß substantielle und überprüfbare Abrüstungsabkommen möglich sind. Zum anderen läßt sich aus ihm eine Logik für dritte, vierte und fünfte Null-Lösungen ableiten, die insbesondere aus der westdeutschen Perspektive zwingend erscheint. Wenn es gute Gründe gab, die Waffen zu beseitigen, die sich am ehesten zur Abschreckung eines potentiellen Angreifers eignen, gibt es wenig Gründe, an den Waffen festzuhalten, deren Abschreckungswert geringer, deren Selbstabschreckungseffekt aber höher ist.

Vor allem haben die Veränderungen in Osteuropa, die Reformen in der UdSSR und die damit einhergehende Neudefinition des außenpolitischen Denkens die Bedrohungswahrnehmung in den westeuropäischen Staaten und in den USA deutlich reduziert. Diese Umbrüche haben über den Bereich der Intentionen hinaus auch den Bereich der Potentiale massiv beeinflusst. Bereits die einseitigen Reduzierungen der Sowjetunion haben die militärische Situation der NATO in Mitteleuropa deutlich verbessert. Ein erstes VKSE-

Abkommen, dessen Konturen schon heute weitgehend erkennbar sind, wird die sowjetische Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur großangelegten, raumgreifenden Offensive drastisch einschränken.(3)

Durch die Demokratisierungswelle in Osteuropa und die sich abzeichnende Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde der Rahmen der sicherheitspolitischen Debatte wiederum deutlich verändert. Auch wenn der Warschauer Pakt nicht sofort abgeschafft werden wird, wird er sich doch erheblich wandeln. Die polnischen, ungarischen und tschechoslowakischen Streitkräfte sind schon heute nicht mehr als Bedrohung zu begreifen. Selbst wenn sich die Planungen, über 100.000 Soldaten der Roten Armee weiterhin auf dem Boden der heutigen DDR zu stationieren, durchhalten lassen, werden diese Truppen kaum noch eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands darstellen. Vor allem die deutsche Vereinigung markiert deutlich sichtbar das Ende des Kalten Krieg. Die militärische Konfrontation und das Denken in Blöcken muten angesichts der Ereignisse in Osteuropa anachronistisch an. Stattdessen zeichnet sich deutlich die Perspektive einer Entmilitarisierung, ja sogar einer Überwindung des Ost-West-Konflikts ab. In dieser Situation drängt sich die Frage auf, ob, und wenn ja welche Rolle Nuklearwaffen in Europa (Theater Nuclear Forces, TNF) künftig bei der Sicherung des Friedens überhaupt noch spielen können.



## 2. Aktuelle Vorstellungen über eine Minimierung der nuklearen Abschreckung in Europa

Die gegenwärtig diskutierten Konzepte für eine Begrenzung der nuklearen Abschreckung gegeneinander abzugrenzen, sie überhaupt angemessen darzustellen, muß angesichts der rasanten Veränderungen provisorisch bleiben. Positionen, die auf der NATO-Ratstagung im Sommer letzten Jahres noch als grundlegend galten, sind mittlerweile schon wieder überholt; wie sie sich in drei oder vier Monaten darstellen werden, ist heute noch nicht abzusehen. Gleichwohl lassen sich in der gegenwärtigen Diskussion vier Konzepte unterscheiden. Sie zielen entweder auf die Rationalisierung, die Politisierung, die Europäisierung oder die Überwindung der nuklearen Abschreckung.

Die Forderung nach Rationalisierung der Abschreckung wird von den USA, Großbritannien, einigen kleineren NATO-Staaten und den militärischen Führungsgremien der NATO vertreten. Diese Richtung hält an der These fest, derzufolge die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung auch auf der militärischen Effizienz beruht, Nuklearwaffen also wichtige militärische Funktionen zukommen. Ihre Auffassung steht in der Tradition der seit den siebziger Jahren andauernden Bemühungen, das weitgehend ungeplant gewachsene TNF-Potential der NATO nach politisch-militärisch rationalen Gesichtspunkten zu reorganisieren. Bereits die unter der Regie des damaligen amerikanischen Verteidigungsministers Schlesinger angefertigten Studien kamen zu dem Ergebnis, daß das nukleare Arsenal der NATO zu groß sei, die Trägersysteme zu verwundbar seien, über zu geringe Reichweiten verfügten und ihre Sprengköpfe eine zu geringe Zielgenauigkeit und eine zu hohe Sprengkraft aufwiesen.(4) Gleichzeitig wurde festgestellt, daß die Freigabeverfahren und Einsatzpläne zu zeitraubend und wenig flexibel seien. Eine Reduzierung der Gefechtsköpfe um 1.000 Stück erfolgte jedoch erst in Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß. Der Abzug weiterer 1.400 Sprengköpfe wurde auf Anraten der "High Level Group" (HLG) 1983 auf der Sitzung der NATO-Verteidigungsminister in Montebello beschlossen, gleichzeitig jedoch die umfassende Modernisierung der verbleibenden Bestände geplant. Mit dem Abzug der Pershing und Marschflugkörper (GLCM) werden sich die amerikanischen Kernwaffenbestände in Europa von 7.000 Sprengköpfen in den siebziger Jahren auf ca. 4.000 verringert haben. Dieses Potential setzt sich zusammen aus ca. 1.600 nuklearen Artilleriegranaten, 1.600 Bomben und ca. 700 Sprengköpfen für die Lance-Rakete. Die Sowjetunion hat ihre Kurzstreckensysteme zwar ebenfalls reduziert, verfügt aber dennoch über eine erhebliche quantitative Überlegenheit.

Weder der INF-Vertrag noch die späteren sowjetischen Initiativen wurden von dieser Gruppe als Auftakt für einen grundsätzlichen Wandel der poli-



tischen Rahmenbedingungen gewertet. Vielmehr schien das Abkommen die Notwendigkeit der Doppelstrategie von Reduzierung und Modernisierung zu bestätigen. Zum einen galt es, gerade nach dem Wegfall der militärisch potenteren Systeme mit größeren Reichweiten die Effektivität der verbleibenden Waffen zu erhöhen. Zum anderen sollte sichergestellt werden, daß die im INF-Vertrag enthaltene Tendenz zu weiteren Null-Lösungen durchbrochen würde.(5) Beide Ziele, dessen sind sich die Vertreter dieser Zielrichtung bewußt, lassen sich gegenüber einer kritischen westeuropäischen Öffentlichkeit nur durchsetzen, wenn die Modernisierung an eine weitere Kürzung des Potentials gekoppelt wird.(6) Selbst der Oberbefehlshaber der NATO in Europa (SACEUR) Galvin sprach sich daher für eine Reduzierung auf ein "operatives Minimum" aus. Seine Streitkräfteplanung von 1989 sah eine Verringerung des nuklearen Potentials auf 3.000 Gefechtsköpfe vor. Sollten die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) zum Erfolg führen und sollte es zu einem Abkommen im Bereich der SNF-Systeme kommen, wäre Galvin, Presseberichten zufolge, sogar zu einer weiteren Absenkung auf 1.500 Sprengköpfe bereit gewesen.(7) Die bisherige Struktur der Trägersysteme, bestehend aus Artillerie, Kurzstreckenraketen und luftgestützten Nuklearwaffen, sollte jedoch beibehalten und modernisiert werden. Geplant war die Entwicklung eines Nachfolgesystems für die Lance-Rakete (FOTL) - als wahrscheinlichster Kandidat galt eine nukleare Variante des Army Tactical Missile System (ATACMS) mit einer Reichweiten von bis zu 490km - und die Einführung eines luftgestützten Abstandsflugkörpers (TASM, Reichweite 250-400km). Ein Programm zum Austausch der älteren Nukleargranaten durch neuere Modelle ist bereits angelaufen.(8) Andere Vorschläge sprachen sich für ähnlich strukturierte Modernisierungen aus, waren aber bereit, entweder auf Kurzstreckenraketen oder auf die nukleare Artillerie zu verzichten.(9)

Mit der Amtsübernahme demokratisch legitimierter Regierungen in den osteuropäischen Staaten und der sich abzeichnenden Vereinigung Deutschlands wurden diese Planungen in mehrfacher Sicht hinfällig. Es erschien nicht nur unsinnig, auf die Demokratisierung Osteuropas mit der Einführung neuer Nuklearwaffen zu antworten, deren Reichweite es lediglich erlauben würde, Ziele in diesen Staaten zu bedrohen. Auch die ohnehin unsichere Geschäftsgrundlage für die geplante "Modernisierung" der Lance war ab 1990 nicht mehr gegeben. Der amerikanische Kongress weigerte sich, Mittel für die Entwicklung der ATACMS bereitzustellen, und die Bundesrepublik weigerte sich, unter anderem aufgrund deutschlandpolitischer Bedenken, einer späteren Stationierung der ATACMS zuzustimmen.

Am 10. Mai 1990 zog die NATO mit der Erklärung der Nuklearen Planungsgruppe, die Entwicklung der ATACMS und der nuklearer Artillerie einzustellen, erste Konsequenzen aus der veränderten politischen Lage. Aller-



dings blieb sie mit diesem Schritt insofern weit hinter den Erwartungen zurück, als sie die vom amerikanischen Außenminister Baker wenige Tage zuvor entworfene Perspektive, die nukleare Artillerie einseitig abzuziehen und bereits unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa Gespräche über eine Beseitigung der landgestützten Nuklearwaffen zu beginnen, nicht mehr erwähnte. Selbst wenn die NATO dem Vorschlag von Baker zugestimmt hätte, eine Abkehr vom Prinzip der Rationalisierung der Abschreckung würde sich auch dann nicht abzeichnen. Vertreter dieser Zielrichtung verstehen den Verzicht auf die Nuklearwaffen kürzerer Reichweite vielmehr als Teil eines Gesamtpakets. Mit Hilfe der Abrüstungsschritte soll die politische Zustimmung zu dem zweiten Teil, der Modernisierung der luftgestützten Nuklearwaffen, erkaufte werden. Auf Drängen Großbritanniens und der USA intensiviert die NATO ihre Planungen für die Einführung der TASM. Von diesen Abstandswaffen sollen in einem ersten Schritt 450 Stück beschafft werden, von denen 144 Stück in der Bundesrepublik zu stationieren wären. (10)

Das Ziel der Politisierung der Abschreckung wurde insbesondere vom breiten moderat-konservativen Spektrum in der Bundesrepublik vertreten. Für diese Gruppe spielten militärische Überlegungen nur eine nachrangige Rolle; wichtiger war für sie die Frage, wie sich die politisch-psychologischen Wirkungen des INF-Vertrages auffangen und wie sich amerikanische Nuklearwaffen in Europa weiterhin legitimieren lassen. Amerikanische Nuklearwaffen in Europa kommt dieser Auffassung zufolge eine besondere Bedeutung zu, weil sie augenfällig die nordatlantische Bündnis- und Risikogemeinschaft dokumentieren und so verhindern, daß Kriege als Mittel der Politik in Europa wieder denkbar werden könnten. An der Strategie der flexiblen Erwidern und einem angemessenen Mischungsverhältnis aus nuklearen und konventionellen Mitteln müsse auch dann festgehalten werden, wenn in Wien ein Ausgleich der konventionellen Disparitäten gelingen sollte. Weil für diese Gruppierung vor allem die politische Funktion von Nuklearwaffen ausschlaggebend ist, wird der Spielraum für Reduzierungen groß eingeschätzt. Weitere Abrüstungsschnitte könnten dabei umso radikaler ausfallen, je besser die qualitativen Wirkungsmöglichkeiten der verbleibenden Waffen gestaltet werden und je stabiler sich das konventionelle Verhältnis entwickelt. Besonderer Bedeutung kommt dabei den Reichweiten zu. Höhere Reichweiten versprechen nicht nur eine größere Optionsvielfalt, sondern auch eine Erhöhung der Unverwundbarkeit und eine Verringerung wahrgenommener Sonderbedrohungen einzelner Bündnismitglieder. (11) Daher sollten dieser Auffassung zufolge Nuklearwaffen kürzerer Reichweite - insbesondere die nukleare Artillerie - drastisch reduziert oder sogar eliminiert, gleichzeitig aber auch die luftgestützten Nuklearwaffen längerer Reichweite modernisiert werden.



Wie die Haltung dieser Gruppierung zu der "Modernisierung" der luftgestützten Nuklearwaffen von der anstehenden Vereinigung Deutschlands beeinflußt werden wird, ist noch nicht im Detail abzusehen. Zwar bezeichneten Helmut Kohl und Verteidigungsminister Stoltenberg noch im Mai 1990 die weitere Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen in der Bundesrepublik als unverzichtbar. (12) Dagegen drängt der bundesdeutsche Außenminister darauf, alle Nuklearwaffen in Europa rüstungskontrollpolitisch zur Disposition zu stellen. Es erscheint wahrscheinlich, daß die Regierungskoalition, auch aus deutschlandpolitischen Erwägungen heraus, von einem formalen Modernisierungsbeschluß Abstand nehmen wird.

Eine dritte Variante der gegenwärtigen Diskussion möchte die erweiterte Abschreckung der USA durch eine westeuropäische Lösung ersetzen. Dieser Gedanke ist nicht neu. Im Laufe der Geschichte der NATO wurden wiederholt Modelle einer Europäisierung der Abschreckung diskutiert, sei es in Form einer multilateralen Streitmacht unter Einschluß der Bundesrepublik, sei es in Form einer französischen und/oder britischen Nukleargarantie. (13) Helmut Schmidt forderte beispielsweise Mitte der achtziger Jahre eine explizite französische Nukleargarantie; David Owen schlug vor, aus den britischen und französischen Atomwaffen eine europäische Abschreckungsstreitmacht zu formieren. Hieran anknüpfend hat Egon Bahr jüngst den Gedanken vorgetragen, die indirekte Abschreckungswirkung der französischen Nuklearwaffen reiche als Rückversicherung gegen die unwahrscheinliche Gefahr einer direkten Bedrohung der Bundesrepublik aus. (14)

Das Ziel der Überwindung der Abschreckung wird insbesondere von linksliberalen Strömungen in den Vereinigten Staaten sowie von Sozialdemokraten bzw. Grünen in der Bundesrepublik vertreten. Die von liberaler Seite in den USA geäußerte Kritik an der nuklearen Abschreckungsstrategie der NATO hat Tradition. Bereits in den frühen siebziger Jahren wollten führende liberale Verteidigungsexperten die Bedeutung der nuklearen Abschreckung zugunsten einer stärkeren konventionellen Verteidigung zurücknehmen. (15) Nach Unterzeichnung des INF-Vertrages und vor dem Hintergrund der zügig voranschreitenden VKSE-Verhandlungen sind von dieser Seite eine Reihe von Vorschlägen zur Intensivierung der nuklearen Rüstungskontrolle in Europa unterbreitet worden. Sie sehen eine drastische Reduzierung, neuerdings immer öfter die vollständige Beseitigung aller amerikanischen Nuklearwaffen aus Europa vor. (16) Ähnliche Vorstellungen werden von der SPD und Teilen der FDP verfolgt. Nach Auffassung der SPD sollen alle Nuklearwaffen auf das Territorium derjenigen Staaten zurückverlegt werden, denen diese Waffen gehören. (17)



### 3. Funktionen einer minimierten Abschreckung in Europa. Gestern und Heute

Anfang Juli 1990 wird sich eine NATO-Gipfelkonferenz damit beschäftigen müssen, Elemente der Nuklearstrategie neu zu definieren und über Sinn und Notwendigkeit luftgestützter Nuklearwaffen und ihrer Modernisierung zu befinden. Der politische Kontext, in dem sich die Diskussion um die Zukunft der nuklearen Abschreckung in Europa abspielt, hat sich rapide gewandelt. Es ist davon auszugehen, daß durch die Abrüstung und durch die Demokratisierung in Osteuropa eine völlig neue Sicherheitsstruktur entstehen wird. Die Bündnisse werden sich verändern und vermutlich von einer europäischen Sicherheitsarchitektur überlagert werden. Wie diese konkret aussehen wird, ist im Detail schwer einzuschätzen, doch läßt sich der Rahmen beschreiben. Wahrscheinlich werden die USA mit stark reduzierten Streitkräften in Europa präsent bleiben, das Integrationsniveau der EG wird sich vertiefen, ihre Kooperation mit den osteuropäischen Staaten zunehmen. Der KSZE-Prozeß wird sich institutionalisieren und ausweiten. Allerdings gibt es keine Garantie, daß der Aufbau einer europäischen Friedensordnung ohne Friktionen verlaufen wird. Schwer einzuschätzen sind insbesondere die Entwicklungsdynamik der osteuropäischen Staaten und die Erfolgsaussichten des sowjetischen Reformprogrammes. Insbesondere die Entwicklung in der Sowjetunion wird auf die Zukunft Europas großen Einfluß haben, weil die UdSSR stärkste Militärmacht auf dem Kontinent bleiben und weiterhin über strategische Nuklearwaffen verfügen wird. Trotzdem ist deutlich abzusehen, daß die zentrale sicherheitspolitische Herausforderung künftig nicht mehr darin bestehen wird, die Sowjetunion abzuschrecken oder die machtpolitische Konkurrenz einzuhegen bzw. zu "verregeln". Vielmehr wird es darauf ankommen, Strukturen zu entwickeln, die es erlauben, das ökonomisch-politische West-Ost-Gefälle in Europa abzubauen und Eruptionen, die im Laufe der Beseitigung der alten Strukturen entstehen könnten, abzufangen.

Um trotz dieser Imponderabilien vorläufige Aussagen treffen zu können, erscheint es sinnvoll, zunächst nicht nach Alternativen militärischer Sicherheitspolitik, die sich aus den politischen Veränderungen ergeben könnten, zu fragen. Stattdessen soll geprüft werden, welche Funktionen TNF bisher ausgefüllt haben, ob die kriegsverhütende Wirkung der bisherigen Form nuklearer Abschreckung die damit einhergehenden Risiken gerechtfertigt hat und ob nukleare Abschreckung angesichts der sich verändernden Bedrohungssituation überhaupt noch zu rechtfertigen ist, bzw. wie sie angelegt werden muß, um die Beseitigung der Strukturen des Kalten-Kriegs abzusichern.



### 3.1. Elemente einer minimierten Abschreckung

Ob die Verhütung eines Krieges im wesentlichen der nukleare Abschreckung zu verdanken war oder ob der Friede in Mitteleuropa ebenso zuverlässig durch andere Arrangements gesichert werden kann, ist eine der zentralen Fragen im Kontext der gegenwärtigen Debatte. Nach Ansicht der Verfechter des Prinzips nuklearer Abschreckung - und der offiziellen NATO-Doktrin - würde ein Verzicht auf Atomwaffen dem Krieg den apokalyptischen Charakter nehmen und bewaffnete Interventionen als Mittel der Politik in Mitteleuropa wieder denkbar werden lassen. Die Geschichte habe gezeigt, so das Argument, daß Abschreckung, die sich nur auf konventionelle Mittel stützt, versagen kann. Diese Erfahrung verliere ihre Gültigkeit auch dann nicht, wenn beide Seiten ihre Streitkräfte defensiv und am Ziel der Kriegsverhütung orientieren. Nur eine Abschreckung, die sich auch auf nukleare Drohungen stützt, sei folglich ein taugliches Mittel zur dauerhaften Verhütung jeden Krieges.(18) Dagegen begreifen die Kritiker Nuklearwaffen als Ausdruck des Unfriedens. Ihrer Auffassung nach steigert die nukleare Abschreckung künstlich die Spannungen im Ost-West-Konflikt und erhöht so die Gefahr eines Krieges.

Tatsächlich ist die nukleare Abschreckung sowohl Teil der Lösung als auch Teil des Problems selbst. Es gibt Gründe, das Argument, der vierzigjährige Friede in Mitteleuropa sei der nuklearen Abschreckung zu verdanken, nicht ungeprüft zu verwerfen. Die katastrophalen, nicht mehr zu verdrängenden Folgen eines Nuklearkrieges haben wahrscheinlich die Sensibilität der Entscheidungsträger für die möglichen Konsequenzen ihres Handelns drastisch erhöht. Das Risiko der atomaren Eskalation hat zur Entwicklung eines Konfliktverständnisses beigetragen, das den Einsatz militärischer Macht zur Erringung politischer Ziele ausschließt. Andererseits kann dies Argument nicht darüber hinwegtäuschen, daß nukleare Abschreckung ihrerseits Spannungen produzieren, vor allem aber, daß sie versagen könnte. Die katastrophalen, potentiell die ganze Menschheit vernichtenden Folgen eines Nuklearkriegs verbieten es, sich im Abschreckungssystem einzurichten. Weil ihr Scheitern auf Dauer nicht ausgeschlossen werden kann, erscheint nukleare Abschreckung nur noch dann legitimierbar, wenn sie mit dem Bestreben nach ihrer Eindämmung und letztlich auch Überwindung gekoppelt wird. Die Forderung nach Überwindung der Abschreckung verlangt, den Krieg als Institution abzuschaffen und stattdessen friedliche Instrumente des Konfliktaustrags verbindlich zu installieren. Dieses Ziel ist nur im globalen Kontext realisierbar. Da die USA und die UdSSR auf absehbare Zeit über strategische Nuklearwaffen verfügen werden und da Europa sich selbst durch einen vollständigen Abzug aller TNF nicht aus dem globalen Abschreckungssystem herauslösen könnte, kann es gegenwärtig nur um das bescheidenere, dafür aber näherliegende



Ziel der Minimierung der Abschreckung gehen.(19) Minimierung muß angesichts der heutigen Nuklearwaffenbestände zunächst die Reduzierung der atomaren Arsenale ins Auge fassen. Minimierung erfordert darüber hinaus Eingriffe in den gesamten Bereich der Strategien und Einsatzpläne mit dem Ziel, die politischen und militärischen Funktionen von Nuklearwaffen einzugrenzen und wann immer möglich zu ersetzen. Es gilt, jedes Risiko einer kriegerischen Auseinandersetzung dauerhaft zu reduzieren und die Möglichkeit, daß im Laufe eines Krieges eine nukleare Eskalationsspirale in Gang gesetzt wird, zu verringern.

Jede Abschreckungsstrategie muß sich der Problematik bewußt sein, daß Kriege das Ergebnis einer bewußt geplanten Aggression sein, sehr wohl aber auch politisch ungewollt entstehen könnten, sei es infolge einer Fehleinschätzung der Intentionen anderer am Konflikt beteiligter, sei es infolge einer außer Kontrolle geratenen Krise oder eines technischen Fehlers. Militärische Strukturen sollen deshalb sowohl einen vorbedachten Angriff abschrecken als auch das Risiko einer ungewollten Eskalation minimieren. Zwischen beiden Zielen besteht ein Spannungsverhältnis. Daher muß eine militärische Strategie der Friedenssicherung ihren historischen Ort, das heißt den Charakter der Bedrohung und die Chancen einer friedlichen Konfliktregulierung und Konflikttransformation bestimmen sowie ihre Mittel daran orientieren. Sie muß noch ausreichende, an der gegebenen Bedrohung orientierte Verteidigungs- und/oder Vergeltungsoptionen aufweisen, gleichzeitig aber auf provokative Drohungen, die die Sicherheit der anderen Seite einschränken, verzichten. Das Konzept der minimierten Abschreckung verlangt noch mehr. Es fordert, mit dem potentiellen Gegner in einen Dialog einzutreten, wann immer sich die Chance dazu bietet, um militärische Strukturen zu verabreden, die dauerhaft Sicherheit für beide gewähren. Militärische Sicherheit wird dabei als Bestandteil eines umfassenden Konzepts der Friedensförderung verstanden, wobei die Funktionen militärischer Abschreckung sukzessive durch eine Beseitigung der möglichen Kriegsursachen ersetzt werden sollen.(20)

Spannungsdämpfende und kommunikationsfördernde Eigenschaften muß eine minimierte nukleare Abschreckung auch unter den verschärften Bedingungen einer Krise und selbst während eines Krieges auszeichnen. Da ein Versagen der Abschreckung nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden kann, darf eine Bewertung von Modellen militärischer Sicherheitspolitik diese Eventualität nicht gänzlich aussparen. Im Kriege ist eine minimierte Abschreckung einzig am Ziel der Schadensbegrenzung, und das bedeutet im Nuklearzeitalter am Ziel einer schnellen Kriegsbeendigung, auszurichten. Dabei muß auch die politische Option der rechtzeitigen Kapitulation offengehalten werden. Ob die "flexible response" Strategie diesen Forderungen genügt und welche Kriterien sich aus diesen Prinzipien für die Zukunft der



nuklearen Abschreckung in Europa ableiten lassen, soll im folgenden untersucht werden.

### 3.2. Nuklearwaffen in Europa und Kriegsverhütung

Seit 1967 werden TNF von der NATO primär als politische Waffen definiert. Allerdings gelten sie nach wie vor auch als wirkungsvolle militärische Instrumente der Kriegführung. Gemäß dem NATO-Dokument MC 14/3, das die "flexible response" Strategie als Bündnisstrategie formalisierte, soll ein politisch vorbedachter Ersteinsatz erst erfolgen, wenn die konventionelle Abwehr zu versagen droht oder die Kriegsschäden untolerierbare Ausmaße annehmen. Ziel der Eskalation soll die frühe Kriegsbeendigung sein. Sollte der Ersteinsatz nicht zum Abbruch der gegnerischen Aggression führen, sieht die "flexible response" Strategie weitere Eskalationsschritte bis hin zur sogenannten "allgemeinen nuklearen Reaktion", der totalen nuklearen Apokalypse, vor. (21) TNF dienen also als Bindeglied zwischen der konventionellen Verteidigung und den strategischen Nuklearwaffen der USA. Sie sollen einen Krieg verhindern und Schäden im Falle des Versagens der Abschreckung begrenzen. Daneben gelten sie als wichtiges Mittel zur Stabilisierung der politischen Ordnung in Europa.

#### 3.2.1. Nuklearwaffen in Europa und Abschreckung

Selbst wenn man der Prämisse folgt, daß die Sicherung des Friedens in Europa wesentlich der nuklearen Abschreckung zu verdanken ist und daß es zu dieser Politik auf absehbare Zeit keine gleichwertige Alternative gibt, folgt daraus nicht schlüssig die Notwendigkeit der Existenz amerikanischer Nuklearwaffen in Europa. Vier Begründungen werden für ihre Stationierung in Europa angeboten.

Sie seien erstens unverzichtbar, um konventionelle Disparitäten auszugleichen. Die Fähigkeit, Truppenkonzentrationen prompt bedrohen zu können, kompliziere die sowjetischen Angriffsplanungen und wirke daher schon im Frieden abschreckend. Zweitens gelte es, einen möglichen Ersteinsatz von taktischen Nuklearwaffen durch den Warschauer Pakt abzuschrecken. TNF seien hierzu aufgrund ihrer kurzen Reaktionszeiten und ihrer Stationierung "vor Ort" besonders geeignet.

TNF seien drittens nötig, um die Streitkräfte in Europa mit den strategischen Waffen der USA zu verkoppeln. Die unmittelbare Drohung mit dem Einsatz strategischer Waffen, so das Argument, sei unglaubwürdig, weil die Herausbildung der strategischen Parität zu einer gegenseitigen Paralyse-



rung dieser Waffenkategorie geführt habe. Die Drohung mit einem nuklearen Einsatz lasse sich nur glaubwürdig darstellen, wenn die NATO über abgestufte Reaktionsmittel verfügt, die es ihr erlauben, auf einem ähnlichen Gewaltniveau zu antworten, wie es der Aggressor gewählt hat. Die mögliche Reaktionsabfolge reicht dabei von konventionellen Waffen über taktische, euronukleare bis hin zu strategischen Nuklearwaffen. Sollte eine Sprosse auf dieser Leiter nicht besetzt sein, drohe die Abkopplung vom amerikanischen Nuklearschirm mit der Folge, daß die Abschreckung unglaubwürdig und begrenzte Kriege wahrscheinlicher werden. Weil die Androhung der Eskalation hin zum Weltkrieg, der ein Weltuntergang wäre, allein kaum glaubwürdig sei, von der Sowjetunion also als Bluff verstanden werden könnte, müsse die Nato auf jeder Ebene über militärische Optionen verfügen, die sich in Grenzfällen auch sinnvoll anwenden lassen.

Neben diesen offiziellen Begründungen existiert eine vierte Variante, derzufolge die größere Glaubwürdigkeit der Drohung mit TNF ihrer Sichtbarkeit zu verdanken sei. Dieses Argument hat noch eine tiefere, allerdings selten offen geäußerte Bedeutung. Danach gilt der Ersteinsatz von TNF als glaubwürdig, weil er die Möglichkeit der Begrenzung enthält. Die Gefahr der nuklearen Eskalation sei dennoch sehr groß, weil die strenge Kontrolle über die Nuklearwaffen im "Nebel des Krieges" verloren gehen und "use it or lose it"-Zwänge die strikte Kontrolle des Freigabeverfahrens unterhöhlen könnten. (22)

Zweifelhaft und kritikwürdig war die abschreckungspolitische Logik von Nuklearwaffen in Europa schon immer. Die veränderten militärischen und politischen Rahmenbedingungen lassen sie zunehmend obsolet erscheinen. Besonders fragwürdig war seit jeher die Kompensationsfunktion, das heißt die Drohung, eine konventionelle Niederlage durch einen frühen nuklearen Gefechtsfeldeinsatz abzuwenden und so eine Aggression von vornherein zu verhindern. Hierbei handelt es sich um die ursprüngliche Funktion von TNF. Bis in die sechziger Jahre wurden TNF als wirkungsvolle militärische Mittel, als eine Art potenzierte Artillerie betrachtet. Mit ihrer Hilfe hoffte die NATO, die konventionellen Disparitäten ausbalancieren zu können, ohne die kostspieligen Lissaboner Planungen für eine umfassende konventionelle Remilitarisierung realisieren zu müssen.

Ob diese Strategie allerdings die Sowjetunion jemals von geplanten Aggressionen abgehalten hat, ist umstritten, letzten Endes aber auch nicht entscheidbar. Wenn überhaupt, wurde sie wahrscheinlich vom Kriegsrisiko allgemein bzw. von der nicht auszuschließenden Möglichkeit eines irrationalen Verhaltens der NATO abgeschreckt. Die Ausführung der geplanten Gefechtsfeldeinsätze hätte dagegen wahrscheinlich für die eigene Seite wesentlich katastrophalere Konsequenzen gehabt als für die Sowjetunion.



Alle Manöver, bei denen der Einsatz von TNF zur Abwendung einer konventionellen Niederlage simuliert wurde, zeigten, daß eine derartige Form von Verteidigung zur Vernichtung Deutschlands geführt hätte, daß die stillschweigende Annahme, der Ersteinsatz von taktischen Nuklearwaffen würde die Verteidigung bevorzugen, nicht zutrifft, und daß sich durch wechselseitige Gefechtsfeldeinsätze keine militärischen Vorteile erzielen lassen.(23) Auch erwies sich, daß eine auf die konventionelle Verteidigung hin optimierte und eine an den Bedingungen des nuklearen Gefechtsfelds orientierte Streitkräftestruktur miteinander unvereinbar sind. Alle Versuche der amerikanischen Armee, Divisionen zu entwickeln, die sowohl zur konventionellen wie zur nuklearen Kriegsführung geeignet wären, erwiesen sich bisher als Fehlschlag.(24) Andererseits aber ist die mit der nuklearen Komponente entstehende Schwächung der konventionellen Verteidigung nicht zu vernachlässigen. Schätzungen zufolge bindet die nukleare Bewaffnung 10% der Truppen.(25)

Kritisch ist die Kompensationsfunktion im besonderen und die Nuklearplanung nach Kriterien der militärischen Effizienz im allgemeinen aber vor allem, weil sie mit der von der NPG formulierten Priorität der politischen Funktion und erst recht mit den Grundsätzen der minimierten Abschreckung unvereinbar ist. Gerade weil die nuklearen Planungen immer auch auf die Abwendung einer konventionellen Niederlage hin ausgerichtet waren, hätte ein nuklearer Ersteinsatz, wie weiter unten deutlich werden wird, wahrscheinlich nicht zur frühen Kriegsbeendigung, sondern zur grenzenlosen und nicht mehr zu kontrollierenden Eskalation geführt.

War die Kompensationsfunktion schon immer außerordentlich fragwürdig, so wird sie heute offensichtlich überflüssig. Wenn es jemals eine gravierende konventionelle Unterlegenheit der NATO gegeben haben sollte, wird sie spätestens mit einem ersten VKSE-Vertrag beseitigt werden. Der Vertrag wird nicht nur die quantitativen Disparitäten ausbalancieren - und damit den qualitativen Vorsprung der westlichen Waffen aufwerten - sondern durch die überproportionale Reduzierung offensivfähiger Waffen wechselseitig die Erfolgchancen der Defensive erhöhen. Noch einschneidender als der VKSE-Vertrag werden sich die politischen Veränderungen innerhalb des Warschauer Paktes auf die militärische Situation in Europa auswirken. Die Streitkräfte der osteuropäischen Länder lassen sich schon heute nicht mehr auf Seiten der Sowjetunion anrechnen. Die Region, die nach 1945 als sowjetische Sicherheitszone etabliert worden war, wirkt in Zukunft als Puffer zugunsten der NATO. Dadurch wird eine Grundkonstante der Nachkriegszeit - die ungünstigere geographische Lage der NATO - in ihrer Wirkung aufgehoben. Auch auf die Abschreckung taktischer Nuklearwaffen der Sowjetunion kann die NATO verzichten, denn deren Drohpotential läßt sich - wenn es nicht durch einseitige Reduzierungen abgebaut wird - durch



vertraglich vereinbarte Abrüstung beseitigen. Mit der Beseitigung der konventionellen Ungleichgewichte und dem jederzeit möglichen Abbau der taktischen Nuklearwaffen der Sowjetunion entfällt endgültig - dies hat auch die NATO akzeptiert - die öffentlichkeitswirksamste Begründung für die TNF. Statt jedoch die nötigen Konsequenzen zu ziehen und alle TNF rüstungskontrollpolitisch zur Disposition zu stellen, hat die Nukleare Planungsgruppe (NPG) auf ihrer Sitzung im Oktober 1989 einen Arbeitskreis eingesetzt, der neue Begründungen für die weitere Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen in Europa erarbeiten soll. (26)

Das Argument, die Glaubwürdigkeit der erweiterten amerikanischen Abschreckung beruhe auf flexiblen Eskalationsoptionen unterhalb der strategischen Ebene, Westeuropa werde also ohne diesen Kopplungsmechanismus schutzlos der Wirkung der strategischen Nuklearwaffen der Sowjetunion ausgesetzt, wird dabei kaum als neue öffentlichkeitswirksame Legitimation für die weitere Stationierung von Nuklearwaffen in Europa taugen. Auch dies Argument basierte auf fragwürdigen Prämissen und wird durch die neuen politischen Entwicklungen hinfällig.

Zunächst ist anzumerken, daß die Vorstellung einer Eskalationsleiter, derzufolge sich unterschiedliche militärische Ebenen oder Balancen unterscheiden lassen, nur eine, von westlichen Strategieexperten entworfene Konstruktion ist. Die Sowjetunion hat dieser Vorstellung stets widersprochen. (27)

Tatsächlich gibt es keine deutlich erkennbare operative Differenz zwischen strategischen und euronuklearen Waffen. Die heute gängig gewordene Unterscheidung ist im wesentlichen eine gedankliche; sie entstand mit der Notwendigkeit, bei SALT aus einem interdependenten Gesamtzusammenhang der Rüstung einzelne Segmente herauszutrennen, die sich vergleichen lassen. So sind sowohl ein Großteil der amerikanischen wie der sowjetischen strategischen Waffen auf Ziele in Mitteleuropa gerichtet, bzw. für regionale nukleare Optionen vorgesehen. Strategische und euronukleare Waffen unterscheiden sich auch nicht unbedingt hinsichtlich ihrer Wirkung. Ein euronuklearer F-111-Bomber entspricht im wesentlichen einem strategischen FB-111-Bomber. Der Marschflugkörper einer strategischen B-1 unterscheidet sich kaum von der Bombe oder dem nuklearen Abstandsflugkörper eines Tornado. Aus einem strategischen B-52 könnte über Nacht ein euronuklearer Bomber werden, wenn er, wie 1987 erwogen, in England stationiert würde. Eine gewisse erweiterte Abschreckung ist also allein schon durch die Existenz der strategischen Waffen der USA garantiert. Ob sie hinreichend erscheint, ist eine andere Frage. Den NATO-Planern reichte diese Rückversicherung bisher jedenfalls nicht aus. Die "flexible response" Strategie ist der Versuch, durch zwei weitere Mechanismen die Glaubwürdigkeit des Erst-



einsatzes zu erhöhen und so konventionelle Disparitäten ausbalancieren um eine nukleare Gegenreaktion der Sowjetunion abschrecken zu können.

Die amerikanische Interpretation hält ein breites Spektrum von Optionen für die Kriegführung mit substrategischen Nuklearwaffen für nötig. Zwar waren Vorstellungen der USA, Optionen bereitzustellen, die massiv genug sind, um eine Änderung der militärischen Lage zu bewirken, gleichzeitig aber geographisch begrenzt sind, um die Sowjetunion nicht zu strategischen Gegenschlägen zu provozieren - in letzter Zeit am deutlichsten im dem Dokument über "Discriminate Deterrence" artikuliert (28) - in der NATO nicht voll konsensfähig; in abgeschwächter Form haben sie dennoch Eingang in die offiziellen NATO-Planungen gefunden. So enthalten die 1986 beschlossenen "General Political Guidelines for the Employment of Nuclear Weapons in Defense of NATO" (GPG) zwar die Empfehlung, nukleare Folgeeinsätze sollten primär dem politischen Zweck der frühen Kriegsbeendigung dienen. Allerdings gilt das politische Signal als umso glaubwürdiger, je größer der durch einen Einsatz bewirkte militärische Effekt ist und je tiefer die angegriffenen Ziele im Hinterland des Warschauer Paktes liegen. (29) Der nuklearen Drohung soll also durch ein Kontinuum von anwendbaren, das heißt vor allem auch begrenzten Optionen Glaubwürdigkeit verliehen werden. Allerdings hat die NATO nie konsequent versucht, durch eine entsprechende Einsatzplanung und Stationierungspolitik die Gefahr einer automatischen Eskalation zu reduzieren. Die Tatsache, daß über die Frage, ob eine Stabilisierung der Abschreckung in Europa nicht zur Erosion der Glaubwürdigkeit der nuklearen Eskalationsdrohung führe, bis vor kurzem eine Kontroverse stattfand, deutet im Gegenteil an, daß einige europäische Strategieexperten mit der abschreckenden Wirkung von möglicherweise nicht mehr zu kontrollierenden Einsatzzwängen spekulieren. (30) Tatsächlich stellt die NATO-Strategie einen Kompromiß zwischen beiden Abschreckungsmechanismen dar. Um Aggressionen aus Gewinnabsicht sicher verhindern zu können, geht sie eine erhöhte nukleare Risikobereitschaft ein.

Die "flexible response" Strategie verbindet also gleich zwei negative Eigenschaften. Einerseits tendiert ihr Streben nach glaubwürdigen nuklearen Optionen dazu, den Rüstungswettlauf anzuregen und die Chance einer politischen Transformation zu verbauen. Andererseits erhöht sie die Wahrscheinlichkeit, daß eine Krise ungewollt in den Krieg eskaliert und daß sich dieser Krieg schnell zum Weltuntergang ausweitet.

Wenn diese Methode aus politischen und stabilitätspolitischen Überlegungen heraus unakzeptabel erscheint, ist zu fragen, ob Abschreckungsformen vorstellbar sind, die ausreichend glaubwürdig, aber nicht derartig provokativ und instabil sind. Hier ist zunächst anzumerken, daß die



Lehren aus der nuklearen Revolution noch keinen angemessenen Eingang in die Formulierung der NATO-Strategie gefunden haben. Nach wie vor beruht sie auf der Prämisse, Nuklearwaffen seien militärisch sinnvoll anwendbare Instrumente der Kriegführung. Ihr eigentlicher Effekt liegt aber gerade nicht in der Zerstörung eines Zieles, sondern in der Drohung eines sehr viel größeren, eventuell totalen Schadens. In diesem Sinne sind Nuklearwaffen primär politische Instrumente der Kommunikation. Ihr Einsatz kann, wenn überhaupt, nur die Funktion haben, dem Gegner Entschlossenheit, gleichzeitig aber auch das Interesse zu signalisieren, den Krieg möglichst schnell zu beenden. Die beiderseitige Unverwundbarkeit der Nuklearwaffen und eine sehr zurückhaltende und selektive Zielplanung sind wichtige Voraussetzungen, soll der Einsatz nicht zur grenzenlosen Eskalation, sondern zur Beendigung des Krieges führen. Die Glaubwürdigkeit der Abschreckung beruht also zum einen auf dem politischen Interesse der nuklearwaffenbesitzenden Staaten an dem Konfliktobjekt, zum anderen auf der Chance, Schäden für die eigene Gesellschaft zu reduzieren. Letztlich ist es diesem Verständnis zufolge nicht entscheidend, ob die Nuklearschwelle mit strategischen oder substrategischen Nuklearwaffen überschritten wird oder ob die NATO über mehr oder weniger nukleare Waffen verfügt. Ausschlaggebend ist dagegen das politische Interesse der USA an der Unabhängigkeit Westeuropas und die Stabilität, das heißt die beiderseitige Unverwundbarkeit der atomaren Mittel.(31) Gemeinsame politische Werte, Traditionen und Interessen sind für die Verlässlichkeit der amerikanischen Nukleargarantie ausschlaggebend, nicht Anzahl und Qualität der Nuklearwaffen.

Zweitens ist darauf hinzuweisen, daß die Glaubwürdigkeitsproblematik allgemein zu mechanisch eingeschätzt wird. Eine Beschränkung auf stabilitätsgerechte strategische Nuklearstreitkräfte mag in der Tendenz die Zweifel an der Robustheit des Nuklearschirmes erhöhen. Für das praktische Verhalten der Staaten ist der theoretische Verlust an Glaubwürdigkeit aber aus zwei Gründen unerheblich. Studien über das Verhalten von Staaten in Krisen haben gezeigt, daß diese ihre Entscheidungen in den seltensten Fällen an rationalen Kosten-Nutzen Kalkulationen orientieren. Ausschlaggebend waren weniger die Details der militärischen Balance, die ohnehin in vielen Fällen falsch eingeschätzt wurden, als vielmehr innenpolitische Zwänge, Fehlperzeptionen, Stressfaktoren und ähnliches. Es ist kaum zu erwarten, daß sich die sowjetische Führung in einer Krise anders verhalten würde.(32)

Hinzu kommt, daß die traditionelle Abschreckungstheorie, obwohl sie eine hochabstrakte, deduktive Theorie zu sein scheint, mit einem bestimmten Bild vom Gegner operiert. Sie hat den zum Risiko bereiten, nutzenmaximierenden Akteur im Auge. Andere Bilder sind aber ebenso vorstellbar, etwa das des



risikoscheuen, kostenminimierenden Gegners.(33) Der traditionellen Interpretation zufolge gilt die Sowjetunion dann als abgeschreckt, wenn die NATO über die Mittel zur Verteidigung oder Eskalation verfügt, Verteidigung/Eskalation im nationalen Interesse der NATO/USA liegt und die Kosten die möglichen Gewinne der Sowjetunion übersteigen. Die kritische Variable ist natürlich der Wille zur Eskalation mit ungewissem Ausgang. So gesehen ist die Flexible Response Strategie ein unglaublicher Bluff. Betrachtet man den Abschreckungseffekt dagegen als Ergebnis der - wenn auch geringen - Möglichkeit, daß die Aggression zur Zerstörung der Zivilisation führen könnte, ist kaum ein Nutzen vorstellbar, der dieses Risiko rechtfertigt. Einschätzungen über die Robustheit der Abschreckung hängen also letztlich davon ab, wie der potentielle Gegner wahrgenommen wird.

Ob dem Ost-West-Konflikt in seiner territorialen und machtpolitischen Dimension jemals expansive Intentionen zugrunde lagen, sei dahingestellt. Wahrscheinlich waren die Aktionen beider Seiten vom Streben nach defensiver Abgrenzung geprägt. Die eigentlich relevante Kriegsgefahr bestand möglicherweise immer in einer Fehldeutung der Abgrenzungsbemühungen der anderen Seite. In den letzten Jahren hat sich die Sowjetunion eindeutig zum Verzicht auf die machtpolitische Änderung des Status Quo bekannt. Ihre Abrüstungsbemühungen, ihre Bereitschaft zu größerer Transparenz und die Veränderungen im Warschauer Pakt lassen an der Glaubwürdigkeit dieses Bekenntnisses kaum noch Zweifel. Zwar wird die amerikanische Nukleargarantie auf absehbare Zeit ein wichtiges Element der westlichen Sicherheitspolitik darstellen. Die veränderte politische Situation erlaubt es aber nicht nur, sie erfordert die Bereitschaft, alle Nuklearwaffen in Europa rüstungskontrollpolitisch zur Disposition zu stellen.

Die strategischen Nuklearwaffen der USA reichen als Rückversicherung und als Ausgleich der verbleibenden sowjetischen Nuklearwaffen selbst dann aus, wenn sie bei START-II um 50 Prozent oder mehr reduziert werden sollten. Wenn sich die Supermächte, wie gegenwärtig in den USA diskutiert, bei START-Folgeverhandlungen darauf einigen würden, die Zweitschlagsfähigkeit und Flexibilität ihrer strategischen Waffen zu erhöhen, würde davon auch die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung profitieren. Bedeutsamer als militärische Arrangements bleibt die politische Verkopplung Westeuropas mit den USA.

Mit einem Abzug der substrategischen Waffen der Supermächte würde sich auch die Frage nach der Funktion und Berechtigung der nationalen Nuklearstreitkräfte Großbritanniens und Frankreichs neu stellen. Dabei kann es nicht nur um die TNF der Drittstaaten gehen - die Sprengköpfe der britischen Artillerie und Lance-Einheiten gehören den USA, würden



also sowieso abgezogen werden, die Pluton und Hades würden sich nach einem ersten VKSE-Abkommen noch weniger als bisher legitimieren lassen - sondern um die Berechtigung der nationalen Nuklearstreitkräfte überhaupt. Ob sie bisher eine ernstzunehmende Abschreckungsfunktion ausgefüllt haben, ist umstritten. Zwar hat die NATO - erstmals 1974 mit der Deklaration von Ottawa - die abschreckungspolitische Leistung der nationalen Nuklearpotentiale für das Gesamtbündnis anerkannt, ihr tatsächlicher Effekt ist aber gering. Die Nuklearwaffen Englands sind mit denen der NATO koordiniert; ihr unabhängiger Einsatz ist unwahrscheinlich. Aber auch Frankreichs Strategie der Abschreckung des Starken durch den Schwachen ist nur in der unwahrscheinlichen Situation einer direkten nuklearen Bedrohung Frankreichs und auch nur dann glaubwürdig, wenn im Hintergrund die USA mitgedacht werden.(34) Ihr Beitrag für die Sicherheit des Gesamtbündnisses ist dagegen vernachlässigbar. Mitterrand und andere haben zwar nach Unterzeichnung des INF-Vertrages die europäische Funktion der "force de frappe" deutlicher herausgestrichen, zu einer ähnlichen Verantwortung und sicherheitspolitischen Integration, zu Garantien und Mitsprachemöglichkeiten, wie sie die USA anbieten, ist Frankreich jedoch nicht bereit, wäre dazu auch schon allein aufgrund innenpolitischer Widerstände gar nicht in der Lage. Frankreichs Nuklearstrategie ist daher zurecht vorgeworfen worden, auf einer "Lebenslüge" zu beruhen. Einerseits leistet sich Frankreich den Luxus einer unabhängigen und souveränen Sicherheitspolitik, andererseits beruht seine Sicherheit auf der von den USA garantierten Freiheit und Unabhängigkeit seines strategischen Vorfeldes.

Selbst wenn die USA ihre Nuklearwaffen aus Europa abziehen und ihre Nukleargarantie abschwächen sollten, wäre weder ein französisches Angebot, die europäische Rolle seiner Abschreckung verbindlicher zu gestalten, noch eine deutsche Anforderung an verlässlichere Nukleargarantien zu erwarten. Auch aus der Perspektive einer Minimierung der Abschreckung wäre eine größere europäische Rolle der französischen Nuklearstreitkräfte nicht zu wünschen. Bei einem sicherheitspolitischen Rückzug der USA aus Europa und mit der Übernahme glaubwürdiger Nukleargarantien durch Frankreich würde der Widerspruch einer auf massive Vergeltung hin angelegten Strategie offenkundig werden. Frankreich würde sich gezwungen sehen, ebenfalls flexible und selektive Optionen zu entwerfen. Die Anzahl der französischen Sprengköpfe wird zwar in den neunziger Jahren auf über 700 Stück anwachsen - genug um die UdSSR von einem direkten Angriff auf Frankreich abzuhalten.(35) Ihre Trägersysteme werden aber auch dann zu verwundbar und unflexibel sein, um weniger eindeutigen Herausforderungen zu begegnen. Die Übernahme glaubwürdiger Garantien könnte daher einen gewaltigen Rüstungsschub auslösen. Nicht Minimierung der nuklearen Abschreckung, sondern deutliche Aufrüstung wäre die Folge.



Die amerikanischen Nuklearwaffen in Europa gegen eine voll ausgebaute französische oder europäische Nuklearstreitmacht auszutauschen, ist mit dem Ziel einer europäischen Friedensordnung kaum vereinbar.

Ob andererseits die indirekte Wirkung der gegenwärtigen nationalen Nuklearwaffen angesichts der dann immer noch vorhandenen indirekten, aber robusteren amerikanischen Nukleargarantie ins Gewicht fällt, wäre zu prüfen. Sollten sie diesen Test nicht bestehen, wäre nicht ihre politische Aufwertung, sondern ihre drastische Reduzierung anzuraten. Ihrer Einbeziehung in den Rüstungskontrollprozeß sollten sich Frankreich und Großbritannien in keinem Fall länger verschließen. Eine europäische Friedensordnung wird es nämlich nur geben, wenn alle daran Beteiligten ihre Sicherheitsbedürfnisse in Absprache mit den anderen Staaten organisieren. Überzeugenden Gründe, die eine Ausnahme der Drittstaaten von diesem Prinzip rechtfertigen, gibt es nicht.

### 3.2.2. Nuklearwaffen in Europa und Krisenstabilität

Abschreckung muß ihre kriegsverhindernde Wirkung nicht nur in Zeiten normaler Spannungen, sondern erst recht während einer schweren Krise beweisen. Es muß sichergestellt sein, daß die militärische Struktur, die in Zeiten normaler Spannungen eine Aggression abschrecken soll, in der Krise nicht umschlägt und den Kriegsausbruch beschleunigt. Aktionen in einer Krise sollen sowohl die politische Entschlossenheit als auch die Bereitschaft zur Deeskalation dokumentieren. In keinem Fall darf eine Seite aus schnellen Mobilisierungsmaßnahmen oder sogar aus frühzeitigem "Losschlagen" einen militärischen Vorteil ziehen können. Für die TNF ergibt sich hieraus als wichtigstes Kriterium die Unverwundbarkeit der Nuklearwaffen. Ein weiteres wichtiges Kriterium der Krisenstabilität besteht in der Aufrechterhaltung der politischen Kontrolle über die militärischen Apparate und in der Möglichkeit, den Dialog über die wechselseitigen Intentionen ohne Zeitdruck weiter betreiben zu können.

Beiden Kriterien wurde die nukleare Posture der NATO in der Vergangenheit nur ungenügend gerecht. Spannungsverschärfende Momente weist die nukleare Bewaffnung der NATO auf, weil die Unverwundbarkeit der TNF nicht gegeben ist, sondern erst hergestellt werden muß, und weil die politische Kontrolle dann nicht mehr mit Sicherheit gewährleistet ist. Ein Abwarten in der Krise könnte sich die NATO nicht erlauben. Sie müsste ihre Nuklearwaffen frühzeitig einsatzbereit machen, würde damit aber auch signalisieren, daß sie einen Kriegsausbruch für wahrscheinlich hält und die entsprechenden Vorbereitungen trifft, um ihre militärische Situation zu verbessern.



Die gegenwärtige Organisation der landgestützten TNF veranschaulicht dies Dilemma. Die Sprengköpfe für die Artillerie und Lance-Raketen werden in Friedenszeiten in ca. 50 Depots gelagert.(36) Die Depots können zwar konventionellen Angriffen widerstehen, sind aber durch Angriffe mit chemischen und erst recht mit nuklearen Waffen verwundbar. Der rechtzeitigen Räumung der Depots in einer Krise wäre also höchste Bedeutung zugekommen, hätte die NATO aber gleichzeitig vor schwierige Probleme gestellt. Eine frühzeitige Räumung zu Beginn einer Krise hätte vom Warschauer Pakt als provokativer Akt gewertet werden und die militärischen Spannungen unnötig verschärfen können. Eine zu späte Räumung hätte dagegen als sicheres Zeichen dafür aufgefaßt werden können, daß die NATO dabei ist, nuklear zu eskalieren. Da die Kernwaffen zu diesem Zeitpunkt noch an wenigen Orten konzentriert wären, hätte der Anreiz, chemische oder nukleare Waffen gegen die Depots zum Einsatz zu bringen, hoch sein können.(37)

Die geplanten Modernisierungen werden dies Dilemma eher verschärfen. Sicherlich werden die Umstrukturierungen im konventionellen Bereich und die größere Transparenz die Krisenstabilität in Mitteleuropa künftig erhöhen. Andererseits könnten aber durch die Konzentration der amerikanischen TNF auf heute ca. 25 Flugplätze, künftig wahrscheinlich sogar nur 19 Fliegerhorste, gefährliche Präemptionsanreize entstehen.

Durch einen generellen Verzicht auf TNF ließe sich dagegen die Krisenstabilität weiter festigen. Beide Seiten müßten in einer Krise nicht mehr in dem Maße wie bisher von der Befürchtung ausgehen, die andere Seite könnte frühzeitig Atomwaffen zum Einsatz bringen. Beide Seiten stünden nicht mehr unter dem Zwang, ihre Nuklearwaffen zu schützen und damit einsatzbereit zu machen. Andererseits wäre zu prüfen, ob ein Abzug der TNF die Anreize, in einer Krise vorsichtig zu agieren und die Kommunikation mit dem Gegner zu suchen, schmälern würde. Interessanterweise zeigten sich die USA während früherer Krisen eher geneigt, die Einsatzbereitschaft ihrer strategischen Waffen als die der taktischen Nuklearwaffen zu erhöhen. Ein Grund für diese Entscheidung mag die Befürchtung gewesen sein, die Kontrolle der taktischen Nuklearwaffen lasse sich weniger sicher garantieren und die Mobilisierung der TNF wirke provozierender.(38) Neue Studien über das Krisenverhalten der UdSSR zeigen in der Tat, daß die Mobilisierung der Streitkräfte in Europa, und insbesondere die der TNF, von der Sowjetunion als Kriegsvorbereitung interpretiert worden wäre.(39) Strategische Waffen eignen sich also besser dazu, in einer Krise politische Entschlossenheit und defensive Intentionen zu signalisieren.



### 3.3. Nuklearwaffen in Europa und Schadensbegrenzung

Die Begrenzung von Schäden im (Nuklear-) Krieg ist zweifellos das widersprüchlichste und problematischste Ziel. Für den Fall, daß die konventionelle Verteidigung zu versagen droht, sieht die offizielle NATO-Doktrin vor, durch den vorbedachten Ersteinsatz von TNF einerseits eine militärische Niederlage abzuwenden, andererseits auf das politische Kalkül der Sowjetunion einzuwirken und sie zum Abbruch ihrer Aggression zu bewegen. Selbst wenn man zunächst von der äußerst problematischen Vermischung zwischen den politischen und militärischen Funktionen der nuklearen Eskalation absieht, waren diese Planungen in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Anzumerken ist zunächst, daß Konzepte von flexiblen Einsätzen und Eskalationskontrolle in der artifiziellen Welt militärischer Planspiele vorstellbar sind, mit der realen Welt aber wenig zu tun haben dürften. Kriege verliefen in den seltensten Fällen so wie von den Planungsstäben vorgesehen. Aufgrund technischer Unsicherheiten, Kommunikationsstörungen, fehlender oder falscher Informationen, Streßfaktoren oder schlicht durch Fehler politischer und militärischer Führungsstellen zeichneten sich viele militärische Unternehmungen eher durch Pannen und Zufälle als durch logische Planung aus. In einem Nuklearkrieg würden solche technischen und organisatorischen Unsicherheiten - mögliche Modernisierungen der Kommunikationseinrichtungen werden hieran wenig ändern - zweifellos schwerer wiegen. Hing aber bei früheren Kriegen das Schicksal einer Division oder Armee von der richtigen Entscheidung ab, könnte es künftig das der ganzen Menschheit sein.

Die Aufrechterhaltung der Kontrolle in einem Nuklearkrieg würde nicht nur das perfekte Funktionieren des eigenen militärischen Apparates, sondern ebenso die Kontrolle über die Wechselwirkung zweier kämpfender Armeen mit antagonistischen Zielen voraussetzen. Bedingung hierfür wäre neben der absolut sicheren Beherrschung beider Streitkräfte durch rational handelnde Führungen die beiderseitige Kenntnis und das Verständnis der militärischen Aktionen und Ziele des Gegners, sowie der politische Wille, den Krieg frühzeitig zu Bedingungen zu beenden, die für beide Seiten akzeptabel sind. Gegen diese Annahme sprechen die Eigen-dynamik des Krieges und die politische Logik.

Ist also die von der offiziellen NATO-Doktrin angestrebte Kontrolle eines Nuklearkrieges prinzipiell eine Fiktion? Sollte man am Ziel der Stabilität im Kriege überhaupt festhalten? Zwei Überlegungen sprechen dafür. Zum einen ist nukleare Abschreckung weder politisch noch moralisch vertretbar, wenn mit ihrem Scheitern die Kontrolle verloren gehen würde und die Vernichtung der Zivilisation insgesamt die automatische Folge wäre. Zum zweiten ist davon auszugehen, daß das politische Interesse beider Seiten,



einen Krieg nicht zum äußersten eskalieren zu lassen, hoch wäre. Möglicherweise würde ein Krieg nicht einmal von einer bewußt geplanten Aggression aus Gewinnabsicht ausgelöst werden. Daher ist die Chance, daß eine Abschreckung im Kriege wirken oder wieder zur Geltung gebracht werden könnte, nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Aber selbst wenn beide Seiten am Ziel der Schadensbegrenzung und frühen Kriegsbeendigung interessiert sind, garantiert nichts, daß ein nuklearer Ersteinsatz begrenzt bleiben würde. Im Gegenteil, das Paradoxe besteht gerade in der Annahme, im Kriege sei eine Verständigung möglich, obwohl sie vor Beginn des Krieges nicht funktioniert hat. Daher muß sich eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik der ungeheuren Gefahren, die mit dem Überschreiten der Nuklearschwelle eingegangen würde, bewußt bleiben. Eine Strategie minimierter Abschreckung muß sicherstellen, daß auch nach einem Kriegsausbruch keine Zwänge entstehen, Nuklearwaffen einzusetzen - egal ob als erster oder als zweiter. Ein nuklearer Ersteinsatz muß so lange als möglich hinausgezögert werden. Wenn er überhaupt zu rechtfertigen ist, dann nur mit dem Ziel, den Krieg so schnell als möglich zu beenden. Er wäre nur dann zu vertreten, wenn die Schäden eines Krieges katastrophale Ausmaße annehmen, wenn der Krieg nicht mit politischen Mitteln zu beenden ist und wenn tatsächlich die Chance besteht, auf den Gegner einzuwirken und ihn zum Abbruch seiner Aggression zu veranlassen. Die Möglichkeiten des Dialogs und Abwartens dürfen durch den Ersteinsatz nicht verringert werden. Auch nach einem Ersteinsatz dürfte die Kontrolle nicht verloren gehen. Die entscheidende Voraussetzung hierfür wäre zum einen eine außerordentlich zurückhaltende, selektive und einzig an der Funktion des politischen Signals orientierte Zielplanung, zum anderen die beiderseitige Unverwundbarkeit der nuklearen Strukturen und die Gewähr, daß die politische Kontrolle über die Nuklearwaffen erhalten bliebe. Gegen alle Kriterien verstieß die nukleare Bewaffnung und Strategie der NATO in eklatanter Weise. Die NATO hat sich zwar intensiv mit der Frage beschäftigt, wie ein nuklearer Ersteinsatz vonstatten gehen könnte, die Problematik, wie sich ein Nuklearkrieg schnell beenden ließe, aber sträflich vernachlässigt.(40) Gegen die Annahme, die sowjetische Führung hätte einen nuklearen Ersteinsatz als Ausdruck des Willens der NATO, den Krieg sofort zu beenden, erkannt, und ihre Truppen zurückgezogen, spricht allein schon die bis in die achtziger Jahre gültige Militärstrategie der Sowjetunion. Diese maß sogar ausdrücklich der präemptiven Bekämpfung der Nuklearwaffen der NATO mit konventionellen Mitteln bei Ausbruch der Kampfhandlungen eine hohe Bedeutung zu. Sollten sichere Indizien anzeigen, daß die NATO dabei wäre, nuklear zu eskalieren, forderte die sowjetische Militärstrategie eine präemptive Bekämpfung der westlichen TNF mit Nuklearwaffen.(41)



Zwar ist die Tatsache, daß die Sowjetunion in ihren Planungen ein Schwerpunkt auf die präemptive Bekämpfung der westlichen Nuklearwaffen gelegt hat, nicht der NATO anzurechnen. Sehr wohl anzulasten ist ihr aber, daß weder ihre Strategie noch ihre Bewaffnung das Bemühen erkennen ließ, Eskalationszwänge und Risiken zu minimieren.

In der NATO ist zwar seit längerem eine politische Tendenz zu beobachten, Nuklearwaffeneinsätze immer restriktiver und zurückhaltender zu planen. Trotzdem könnte schon ein Ersteinsatz massiv ausfallen. Grundlage der operativen Planung sind nämlich militärische Gesichtspunkte. Seit den siebziger Jahren wird der Einsatz von Nuklearwaffen in Form sogenannter "Pakete", d. h. der Freigabe einer Anzahl nuklearer Waffen bestimmter Sprengkraft, einzusetzen innerhalb eines bestimmten Gebietes, innerhalb einer eng definierten Zeitspanne und mit einem bestimmten taktischen Auftrag, vorgeplant. Die Einsatzplanung unterteilt sich in fünf Kategorien; sie reicht vom demonstrativen Ersteinsatz über einen begrenzten defensiven Einsatz, einen begrenzten Gefechtsfeldeinsatz, einen erweiterten Gefechtsfeldeinsatz bis hin zum regionalen Einsatz von Nuklearwaffen. Die Entscheidung über einen nuklearen Ersteinsatz hätte sich am drängendsten dann gestellt, wenn ein Truppenkommandant befürchtet hätte, einen bevorstehenden Durchbruch von Streitkräften des Warschauer Paktes in seinem Frontabschnitt nicht länger mit konventionellen Mitteln verhindern zu können. Er hätte in dieser Situation die Freigabe eines Einsatzpaketes angefordert, um eine militärisch bedrohliche Situation zu stabilisieren. Ein derartiges Paket hätte nicht einige Nuklearwaffen umfasst, sondern einige Dutzend.(42) Ebenso brisant wie die unmittelbaren Schäden wären die eskalatorischen Risiken gewesen.

Mit einem nuklearen Ersteinsatz hätte die Verwundbarkeit von wichtigen militärischen Einrichtungen der NATO drastisch zugenommen. Vor allem die nuklearfähigen Flugzeuge wären von diesem Zeitpunkt an extremen Einsatzzwängen unterlegen. Eine Studie, die die BMD Corporation 1979 für die "Nuclear Defense Agency" angefertigt hatte, empfahl daher, die Flugzeuge für die sofortige Durchführung des "Priority Strike Program" bereitzustellen, sobald die Nuklearschwelle überschritten sei.(43)

Auch der zweite Aspekt, die Gefahr eines nicht autorisierten Gebrauchs von Kernwaffen, stellte die NATO vor unangenehme Dilemmata. Zwar sind alle amerikanischen Nuklearwaffen in Europa mit elektronischen Schlössern, sogenannten "Permissive Action Links" (PAL) gegen einen nicht autorisierten Gebrauch gesichert. Die NATO-Führungsgremien sind sich aber bewußt, daß sich diese Sicherung als eine Sicherung zuviel erweisen könnte, daß sie einen politisch gewollten Ersteinsatz verhindern könnten. Einige Fachleute gehen daher davon aus, daß ein gewisser Zwang hätte entstehen können,



mit der Räumung der Nuklearwaffendepots auch die entsprechenden PAL-Codes freizugeben.(44) Mit dem Überschreiten der Nuklearschwelle wäre die Aufrechterhaltung der zentralen Kontrolle über die Nuklearwaffen extrem schwierig geworden. Die Funktionsfähigkeit der Radio- und Telekommunikationseinrichtungen wäre durch direkte Angriffe und die Auswirkungen des EMP beeinträchtigt worden. Die PAL-Codes für die luftgestützten Nuklearwaffen hätten freigegeben werden müssen, weil die Flugzeuge in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden müßten. Eine eventuelle Verteilung auf Feldflugplätze hätte ebenfalls die Freigabe der PAL-Codes vorausgesetzt. De facto hätte der nukleare Ersteinsatz bedeutet, daß sich die NATO versucht gesehen hätte, auch eine von ihr nicht mehr zu kontrollierende Eskalation einzuleiten.

Wäre es je zu einer militärischen Konfrontation in Mitteleuropa gekommen, wäre also eine nicht mehr zu kontrollierende Eskalation kaum zu verhindern gewesen.

An dieser Situation hat sich bis heute nichts grundlegend geändert. Im Gegenteil könnte die Einführung der Abstandswaffen bei gleichzeitigem Verzicht auf landgestützte Nuklearwaffen das Risiko einer unkontrollierten Eskalation im Kriege sogar noch erhöhen. Zwar hat die Sowjetunion mittlerweile ihre Militärstrategie verändert. Nuklearwaffen sollen ihrem neuen Verständnis zufolge nicht mehr der militärischen Niederringung des Gegners, sondern der Kriegsverhütung und Kriegsbeendigung dienen. Auch ist die NATO dabei, in ihrer Nuklearplanung deutlicher die politische Funktion von TNF zu betonen.

Trotzdem würden auch ohne bewußt geplante Präemptionsstrategien die Nuklearwaffen der NATO mit Beginn eines Krieges zu wichtigen Zielen der östlichen Kampfhandlungen werden, weil Flughäfen, Artillerieeinheiten und Führungszentren auch in einem konventionellen Krieg entscheidende Bedeutung hätten. Die nuklearfähigen Flugzeuge der NATO sind in Friedenszeiten auf 25 oder weniger Flugplätzen, deren Rollbahnen auch mit konventionellen Waffen funktionsuntüchtig gemacht werden könnten, stationiert.(45) Eine Verteilung auf Feld- oder Ausweichflughäfen ist zwar prinzipiell möglich, würde die Flugzeuge aber der Wirkung konventioneller Waffen aussetzen. Die nuklearfähigen Flugzeuge würden also wahrscheinlich mit Beginn eines Krieges in die Kampfhandlungen verwickelt werden, ohne daß die NATO entscheiden könnte, ob der Gegner die TNF bewußt oder versehentlich angreift.(46)

In weitaus brisanterem Maße würden sich diese Probleme nach Überschreiten der Nuklearschwelle stellen. Selbst wenn die Sowjetunion nicht ihrerseits versuchen würde, die Option, alle Flugplätze zu zerstören und so Schäden



für die eigene Seite zu reduzieren, auszunutzen, müßte die NATO mit diesem Schritt rechnen und die Nuklearwaffenträger einsatzbereit machen, das heißt der politischen Kontrolle entziehen.

Ob es überhaupt Chancen geben würde, nach Versagen der Abschreckung durch den einmaligen Einsatz einer Nuklearwaffe den Krieg schnell zu beenden und Schäden zu begrenzen, läßt sich mit letzter Sicherheit nicht entscheiden. Sehr wohl feststellen läßt sich aber, daß der Einsatz von in Europa stationierten, luftgestützten Nuklearwaffen eher zu einer nicht mehr zu kontrollierenden Eskalation führen würde als der Einsatz unverwundbarer seegestützter Systeme. Ein genereller Verzicht auf TNF würde also die Chance, im Kriege Schäden zu begrenzen, erhöhen.

Noch geringer sind die Chancen der französischen Strategie, im Kriege Schäden zu vermeiden. Dies Ziel wird von Frankreich als der Abschreckung abträglich sogar explizit abgelehnt. Sollte der unwahrscheinliche Fall einer sowjetisch-französischen Konfrontation eintreten und sollte sich Frankreich nicht rechtzeitig kapitulieren, wären katastrophale Schäden kaum zu vermeiden. Nach dem Einsatz der prästrategischen Waffen, den Frankreich als massiven Gefechtsfeldeinsatz auf deutschem oder belgischem Boden plant, wäre aufgrund der Verwundbarkeit der französischen strategischen Waffen eine Eskalation kaum zu verhindern.

#### 3.4. Ordnungspolitische Funktionen von Nuklearwaffen in Europa

Neben der kriegsverhütenden Funktion sind TNF auch für die Absicherung und Stabilisierung der politischen Ordnung in Mitteleuropa wichtig. Waren sie früher vor allem für die Kohäsion des westlichen Bündnisses von Bedeutung, wäre zu prüfen, ob ihnen künftig auch eine Rolle bei der Absicherung des Prozesses der Konflikttransformation zukommen könnte.

Einem vielzitierten Wort ihres ersten Generalsekretärs zufolge hat die NATO neben der Abschreckung der Sowjetunion die Funktion, nationalistische Sonderwege der Bundesrepublik bzw. Deutschlands zu verhindern und zu diesem Zweck die amerikanische Mitverantwortung für die europäische Sicherheit festzuschreiben. Beide Aufgaben sind gerade heute aktuell, beide stehen in Zusammenhang mit der nuklearen Bewaffnung. Amerikanische Nuklearwaffen galten traditionell als ein Instrument zur Kontrolle und Selbstbeschränkung der Bundesrepublik. Es ist zu erwarten, daß die bündnispolitischen Funktionen von TNF in dem Maße deutlicher hervortreten, in dem sich der Ost-West Konflikt auflöst und in dem das Gewicht und die Handlungsmöglichkeiten Deutschlands zunehmen.



Aufgrund der sensitiven geographischen Lage an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts sah sich die Bundesrepublik mit der doppelten potentiellen Gefahr konfrontiert, die USA könnten ihre sicherheitspolitischen Verpflichtungen lockern oder die Bundesrepublik in einen von ihr nicht zu steuernden Konflikt hineinziehen. TNF stellten in der Sicht der Bundesrepublik phasenweise eine Rückversicherung gegen beide Gefahren dar. Sie waren also auch ein Instrument zur Kontrolle der USA, das es der Bundesrepublik erleichterte, an der Politik der Westintegration festzuhalten und einen im Vergleich mit Frankreich oder England begrenzten militärischen Status zu akzeptieren, obwohl die Bundesrepublik, an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts liegend, besonders bedroht war.

Rückversicherung ist aber eine sehr widersprüchliche und von subjektiven Annahmen abhängige Größe. Sie beruht viel mehr auf politischen Einschätzungen als auf der militärischen "Hardware". Ein und dieselbe Rüstungsmaßnahme kann durchaus sowohl als Indiz für eine An- als auch für eine Abkopplung der europäischen Sicherheit vom amerikanischen Nuklearschirm gewertet werden. Mehr oder weniger amerikanische 'Nuklearwaffen in Europa wurden von den verschiedenen politischen Flügeln zu unterschiedlichen Zeiten als zusätzliche Bedrohung oder als zusätzlicher Schutz wahrgenommen. In den frühen siebziger Jahren wurde der konservative Flügel der sicherheitspolitischen Eliten in der Bundesrepublik von der Gefahr umgetrieben, Opfer eines Kondominiums der Supermächte zu werden, obwohl damals über 7.000 TNF in Europa stationiert waren. Anfang der achtziger Jahre fürchteten die Friedensbewegung und Teile der SPD, Opfer eines begrenzten Nuklearkrieges zu werden, obwohl die Nachrüstung gerade die Verkopplung der amerikanisch-europäischen Sicherheit stärken sollte. Ende der achtziger Jahre hatten sich beide Befürchtungen deutlich abgeschwächt, obgleich die Anzahl der TNF um 2.400 Stück verringert und die Mittelstreckenraketen abgezogen worden sind.(47)

Obwohl die Problematik von An- und Abkopplung sehr spekulativ ist, weisen die Einschätzungen hierzu zwei interessante Merkmale auf. Zum einen gibt es eine sehr deutliche Kluft zwischen den Wahrnehmungen der Eliten und der breiten Öffentlichkeit. Die Abkopplungsängste waren und sind fast ausschließlich ein Elitenproblem. Die breite Öffentlichkeit zeigte sich von der strategischen Scholastik weitgehend unbeeindruckt. Versuche, im Namen der Aufrechterhaltung eines breiten sicherheitspolitischen Konsens neue Instrumente der Rückversicherung anzufordern, galten tatsächlich der Beschwichtigung selbsterzeugter Ängste eines Teiles der Eliten. Zum zweiten nimmt das Bedürfnis nach sichtbarer nuklearer Rückversicherung sowohl bei den Eliten wie bei der breiten Öffentlichkeit ständig ab. In den neunziger Jahren werden sich die Rückversicherungsbedürfnisse auch der konservativen Eliten mit wesentlich weniger Nuklearwaffen befriedigen



lassen. Im Gegenteil droht eine Gefährdung des bündnispolitischen Konsens in der Bundesrepublik am ehesten, wenn sich die NATO nicht zu einer weitgehenden Reduzierung der TNF bereitfinden sollte. Wahrscheinlich wird sich dieses Problem sogar ganz auflösen. Wenn der Reformprozeß in Osteuropa nicht abbricht, wird sich die Sicherheitslage Deutschlands radikal ändern. Sie wäre dann nicht mehr "Frontstaat", sondern Mitte einer sich zunehmend integrierenden Region.

In der Sicht der anderen Bündnismitglieder waren amerikanische TNF auch ein Instrument zur Kontrolle der Bundesrepublik.(48) Sie fürchteten, eine Beseitigung der TNF könne zum Rückzug der amerikanischen Truppen und damit zum vorschnellen Ende der NATO führen. Diese Ängste sind nicht ganz unbegründet. "No nukes, no troops" hieß noch im Sommer 1989 die Antwort einiger Amerikaner auf die bundesdeutsche Forderung nach Reduzierung der TNF. Obwohl diese Position wieder erheblich abgeschwächt wurde, bleiben Bedenken, ein vollständiger Abzug der TNF könnte zu einem sicherheitspolitischen Disengagement der USA führen, bestehen. Um dem zu begegnen, sollte ein vollständiger Abzug der TNF nur vorgenommen werden, wenn er vertraglich ausgehandelt ist und nicht als einseitiges Disengagement der USA mißverstanden werden kann.

Eine Aufkündigung oder sogar eine Relativierung der amerikanischen Nukleargarantie würde auch zu einer Aufwertung der Bundeswehr innerhalb der NATO führen. Briten und Franzosen befürchten daher, ein Rückzug der USA könnte die Bundesrepublik (oder Deutschland) dazu veranlassen, Sicherheit im nationalstaatlichen Rahmen, eventuell auch durch eine verstärkte bilaterale Kooperation mit der Sowjetunion zu suchen. Diese Ängste erscheinen überzogen. Die Politik der Westintegration genießt heute in der Bundesrepublik breite Unterstützung. Mit Ausnahme der Republikaner sind alle relevanten politischen Kräfte zu einer Fortsetzung dieses Prozesses bereit. Trotzdem sind Ängste, auch wenn sie unbegründet erscheinen, real. Daher sollte die Bundesrepublik/ Deutschland parallel zu einer Reduzierung der TNF eine überproportionale Abrüstung ihrer Streitkräfte anbieten. Ein solcher Schritt würde sicherlich nicht als diskriminierend wahrgenommen werden, wenn er die Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung hätte.

Eine drastische Reduzierung der TNF würde auch die Grundlage der nationalen britischen und französischen Nuklearstreitkräfte gefährden und damit weitere status- und ordnungspolitische Probleme aufwerfen. Sicherlich wäre es aus Sicht der Drittstaaten einfacher, ihre nationalen Nuklearwaffen in den Prozeß der Abrüstung einzubringen, wenn sie allein ein Gegengewicht gegen die sowjetische Bedrohung darstellen würden. Die unabhängigen Nuklearwaffen markieren aber auch die entscheidende



Differenz Großbritanniens und Frankreichs zur Bundesrepublik, bilden also eine weitere Rückversicherung gegen die Gefahr eines "deutschen Abdriftens".

Sowohl die Rückversicherungsbedürfnisse der Bundesrepublik als auch die Ängste der europäischen Verbündeten bedürfen der politischen Bearbeitung. Hier bietet sich eine verstärkte westeuropäische Integration an. Sie kann die bündnispolitischen Funktionen der TNF ersetzen.

Neben der unmittelbaren Kopplungsfunktion werden amerikanischen Nuklearwaffen in Europa auch in einem allgemeineren Sinne Integrationsfunktionen zugeschrieben. Unter anderem garantiert der Besitz nuklearer Trägersysteme Einfluß in der Nuklearen Planungsgruppe. Die Konsultations- und Mitsprachemöglichkeiten wurden Ende der siebziger Jahre durch die Gründung der HLG und der "Special Consultative Group" (SCG) ergänzt. Die Mitsprachemöglichkeiten der Europäer bei der Planung, Beschaffung und der Rüstungskontrollpolitik im euronuklearen Bereich waren substantiell. Ihre Bedeutung wird von europäischer Seite zu Recht außerordentlich hoch bewertet. Daher wäre zu prüfen, ob ein vollständiger Verzicht auf TNF die europäischen Einwirkungsmöglichkeiten auf die nuklearen Planungen der USA beschneiden würde, Europa also künftig den Wirkungen der unilateralen Sicherheitspolitik der Supermächte stärker ausgesetzt wäre. Hier ist allerdings anzumerken, daß es den Europäern nie gelungen ist, über die NPG substantiellen Einfluß auf die strategische Rüstungs- und Rüstungskontrollpolitik der USA zu nehmen. Die Befürchtung, der Abzug der TNF könnte die europäischen Einflußmöglichkeiten beschneiden, trifft - wenn überhaupt - nur relativ. Außerdem würde die Bedeutung der NPG mit weiteren Null-Lösungen nicht hinfällig werden. Die NPG sollte künftig versuchen, mit Hinweis auf die 400 dem SACEUR assignierten Gefechtsköpfe auf Poseidon U-Booten Einfluß auch auf die strategischen Planungen der USA zu gewinnen.

Nuklearwaffen spielen schließlich auch eine Rolle im ordnungspolitischen Verhältnis zur Sowjetunion. Mit ihrer Hilfe sollte die UdSSR veranlaßt werden, in einen Dialog über Rüstungskontrolle und Sicherheitspolitik einzutreten.

Diese Strategie wurde allerdings von der NATO bisher nie konsequent durchgeführt. Gerade die Handhabung des Doppelbeschlusses ab 1981 gab zu erheblichen Zweifeln Anlaß, ob die Mittelstreckenwaffen von allen Bündnismitgliedern tatsächlich als Tauschobjekte oder nicht doch als unverzichtbare Modernisierungsmaßnahme betrachtet wurden. Nuklearwaffen als Verhandlungsanreiz einzusetzen, mag gegenüber der alten Garde im Kreml notwendig gewesen sein. Die Veränderungen in der Sowjet-



union haben auch diese Strategie obsolet werden lassen. Die neue sowjetische Führung muß nicht mehr zu Kompromissen am Verhandlungstisch bewegt werden; sie ist von sich aus zu weitreichenden Zugeständnissen bereit. Sie hat Gespräche über eine vollständige Beseitigung oder aber eine drastische Reduzierung der TNF angeboten. Die NATO muß lediglich das von ihr gewünschte Verhandlungsergebnis formulieren.

Ob TNF künftig eine unterstützende Rolle bei der Beseitigung der alten Strukturen und dem Aufbau einer europäischen Friedensordnung spielen könnten, ist eine der wichtigsten Fragen im Kontext der gegenwärtigen Debatte. Wenn überhaupt, ist die weitere Existenz von Nuklearwaffen in Europa mit einer Friedensordnung nur dann vereinbar, wenn sie der Sicherheit aller dienen, sich also ein Konsens über Umfang und Struktur der nuklearen Bewaffnung herstellen und wenn sich tatsächlich eine stabilisierende und friedensfördernde Funktion von Nuklearwaffen nachweisen läßt.

Beides scheint derzeit nicht gegeben. Weder gibt es unter den beteiligten Staaten einen Konsens über Struktur und Umfang der Nuklearwaffen in Europa, noch läßt sich irgendeine stabilitätspolitische Bedeutung von TNF nachweisen. Tatsächlich sind die in Zukunft in Europa wahrscheinlichen Erschütterungen - seien es Nationenkonflikte, seien es Sezessionsbestrebungen oder ökonomisch bedingte Konflikte - mit den Prinzipien nuklearer Abschreckung kaum steuer- oder regulierbar. Bei derartigen Konflikten sind Nuklearwaffen schlicht irrelevant; sollten sich Irrationalismen an der falschen Stelle durchsetzen und dadurch das in vierzig Jahren nuklearen Managements Erlernte verlorengelassen, sogar gefährlich.

### 3.5. Zusammenfassende Bewertung: Operative Kriterien einer minimierten erweiterten Abschreckung

Die Diskussion der militärischen Funktionen hat gezeigt, daß Nuklearwaffen als Kompensation konventioneller Ungleichgewichte immer problematisch waren, ihr Einsatz als militärische Instrumente grundsätzlich fragwürdig ist. Nuklearwaffen sind politische Instrumente. Sie dürfen nur der Kriegsverhütung, eventuell noch der Wiederherstellung der Abschreckung dienen. Aber auch abschreckungstheoretische Überlegungen führen nicht schlüssig zu dem Ergebnis, daß die Existenz amerikanischer Nuklearwaffen in Europa auf Dauer notwendig ist. Die flexible Response Strategie ist sehr wohl auch ohne dies Element vorstellbar. Nuklearwaffen in Europa mögen in der Tendenz die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung erhöht haben. Mittlerweile erscheint aber die Möglichkeit eines Krieges aus Gewinnabsicht



in Mitteleuropa so gering, daß die NATO perspektivisch auf TNF verzichten kann. Auch bündnis- und ordnungspolitische Erwägungen führen nicht zum Ergebnis, daß amerikanische Nuklearwaffen in Europa weiterhin erforderlich sind. Selbst wenn die NATO zu der Einschätzung kommen sollte, daß der Reformprozeß in der UdSSR noch nicht irreversibel, das Risiko einer politisch vorbedachten Aggression noch nicht restlos gebannt ist, wäre zumindest die drastische Reduzierung der TNF anzuraten.

Die Anzahl der amerikanischen Nuklearwaffen ist gegenwärtig so hoch, daß sich die NATO unilaterale Reduzierungen und ein generellen Verzicht auf Modernisierungen erlauben kann, ohne gravierende Risiken eingehen zu müssen. Die Beseitigung der nuklearen Artillerie ist ein überfälliger Schritt. Sie sollte einseitig vorgenommen werden. Notwendig ist auch die baldige Aufnahme von Gesprächen über eine Reduzierung der landgestützten Nuklearraketen. Es ist zu hoffen, daß die NATO auf ihrer Gipfelkonferenz im Juli 1990 ein entsprechendes Angebot unterbreitet. Politisch unakzeptabel und stabilitätspolitisch bedenklich ist dagegen der Versuch, die luftgestützten Nuklearwaffen dauerhaft dem Abrüstungsdialog zu entziehen und stattdessen die Reichweite und Kampfkraft der Jagdbomber durch die Einführung neuer nuklearer Abstandswaffen drastisch zu steigern.

Stabilitätspolitisch bedenklich ist insbesondere die mangelnde Überlebensfähigkeit und politische Kontrollierbarkeit luftgestützter Nuklearwaffen. Sicherlich wären die konventionellen und nuklearen Aktionsmöglichkeiten der Sowjetunion nach VKSE, nach einer Beseitigung ihrer Kurzstreckenwaffen und nach einem ersten START-Abkommen geringer; sicherlich ließe sich durch die breite Streuung der Flugzeuge auf viele Fliegerhorste die Verwundbarkeit reduzieren. Trotzdem wäre ihre ungesicherte Überlebensfähigkeit auf Dauer kein befriedigender Zustand.

Politisch könnte sich die Einführung der TASM nicht nur auf die deutschlandpolitischen Verhandlungen katastrophal auswirken. Sie wäre auch aus konzeptionellen Überlegungen heraus außerordentlich fragwürdig. Zum Kern einer europäischen Friedensordnung gehört das Prinzip, die Sicherheitsbedürfnisse aller im Dialog in Einklang zu bringen und auf unilaterale "Modernisierungsmaßnahmen", die die Sicherheit der anderen Seite verringern, zu verzichten. Die Einführung der TASM könnte von der Sowjetunion zu Recht als eine Umgehung des INF-Vertrages verstanden werden. In ihrem subjektiven Sicherheitsverständnis muß sie als bedrohlich erscheinen. Darüber hinaus würde mit der Stationierung der TASM eine neue Dimension der traditionellen europäischen Rüstungskonkurrenz mit erheblichem technologischem Entwicklungspotential eröffnet werden.(49) Mit der Einführung der TASM würde die NATO signalisieren, daß sie den von



ihr propagierten Wandel der Bündnisse und die Entwicklung einer kooperativen Sicherheitsarchitektur selbst nicht ernst nimmt. Diese Bedenken wiegen um so schwerer, als die NATO keine plausible sicherheitspolitische Legitimation für die Einführung der TASM ausweisen kann.

Stattdessen sollte die NATO schon heute ihre Bereitschaft erklären, auch über die luftgestützten Nuklearwaffen zu verhandeln. Eine vollständige Beseitigung dieser Waffenkategorie darf dabei nicht ausgeschlossen, muß aber auch nicht sofort vereinbart werden. Ob die substrategischen Nuklearwaffen in Europa in einem Schritt beseitigt werden oder ein vertraglich vereinbarter Restbestand vorläufig verbleibt, ist letztlich zweitrangig. Verhandlungen in Etappen würden es einerseits erlauben, den Prozeß der Abrüstung mit dem der politischen Entspannung in Einklang zu halten und eine Gewähr gegen die Gefahr eines Scheiterns der Reformen in der UdSSR zu bieten, könnten andererseits die technisch sehr komplexen Probleme der Abrüstung mindern.

Die Sowjetunion hat angeboten, entweder die vollständige Beseitigung der TNF zu vereinbaren oder über ihre Verringerung zu verhandeln. Gorbatschow hat ein Niveau vorgeschlagen, das unterhalb der Grenze zwischen einer minimierten Abschreckung, verstanden als Rückversicherung, und einer die andere Seite bedrohende Angriffskapazität liegt. Nach Ansicht sowjetischer Autoren ist diese Grenze gegenwärtig bei 400 Systemen anzusiedeln. (50) Wenn sich die Beseitigung der TNF in einem Schritt innerhalb der NATO als nicht konsensfähig herausstellen sollte, wäre bei den Verhandlungen zumindest auf ein möglichst niedriges Plafond zu drängen.

Wenn sich für die amerikanischen TNF keine politische und abschreckungspolitische Notwendigkeit mehr aufzeigen läßt, trifft dies erst recht auf die unabhängigen Nuklearpotentiale Großbritanniens und Frankreichs zu. Gab es schon früher keine plausible Rechtfertigung für die unabhängigen Nuklearstreitkräfte, so wird ihr politisch-symbolischer Charakter heute überdeutlich. Ihre Einbeziehung in den Abrüstungsdialog ist dringend geboten. Wenn Großbritannien und Frankreich auch künftig auf nationalen Nuklearwaffen bestehen sollten, wird die NATO demnächst kaum umhinkommen, der Sowjetunion hierfür Kompensationen zuzugestehen.



## Anmerkungen

- 1 Richard K. Betts: NATO's Midlife Crisis, in: Foreign Affairs 68,2 (Frühjahr 1989) S. 37-52, hier S. 40.
- 2 Für die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten vgl.: Daniel Yankelovich/Richard Smoke: America's "New Thinking", in: Foreign Affairs 67,1 (Herbst 1988) S. 1-17. Für die Debatte in der Bundesrepublik siehe: Elisabeth Noelle Neumann: Wenn das Gefühl der Bedrohung schwindet, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 22.07.1988; Josef Joffe: Felsen im Meinungsfluß, Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 28.02.1989.
- 3 In seinem Jahrbuch 1989/90 urteilt das IISS, daß bereits die einseitigen sowjetischen Abrüstungsschritte die Gefahr eines Überraschungsangriffs deutlich reduziert habe. Amerikanische Geheimdienstquellen gehen heute davon aus, daß selbst vor den einseitigen Reduzierungen der Warschauer Pakt zu dem gefürchteten Überraschungsangriff aus dem Stand nicht in der Lage war. Vgl.: Patrick E. Tyler/R. Jeffrey Smith: Study Finds NATO-War Plans Outdated, in: Washington Post 29.11.1989, S. A-1.
- 4 Vgl.: Secretary of Defense James R. Schlesinger: The Theater Nuclear Posture in Europe: A Report to the United States Congress in Compliance with Public Law 93-365, Washington, Department of Defense 1975.
- 5 Siehe beispielsweise R. James Woolsey: The Future of NATO's Deterrent, in: Stanley Sloan (Ed.): NATO in the 1990's, London 1988, S. 283-297.
- 6 Vgl. z.B. Jeffrey Record/David B. Rivkin: Defending Post-INF Europe, in: Foreign Affairs 66,4 (Frühjahr 1988) S. 734-754, hier S. 746. Vgl. auch die Forderung von Nunn, Crowe und Nitze, Rüstungskontrolle dann zuzustimmen, wenn die NATO eine dritte Null-Lösung ablehnen und die verbleibenden Systeme modernisieren sollte, in: Washington Post (WP) 4.5.89, S. A-1.
- 7 John R. Galvin: The NATO Alliance: A Framework for Security, in: Washington Quarterly 12,1 (Winter 1989) S. 85-93; vgl. auch: Reduzierung der Atomwaffen möglich, in: FAZ vom 24.6.88.
- 8 Matthias Dembinski: Zur Debatte über die Modernisierung der Kurzstreckenwaffen, in: Egon Bahr/Gert Krell/Klaus von Schubert (Hg.): Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 162-172; siehe auch: Stanley



- R. Sloan: NATO Nuclear Modernization and Arms Control, Congressional Research Service, Issue Brief, Washington, Juli 1989.
- 9 Richard Perle hielt es für vertretbar, auf Kurzstreckenraketen zu verzichten, wenn die NATO TASM einführen und ihre Artillerie modernisieren würde. Vgl. Ders.: To Thwart Bonn and Moscow, Ban Short-Range Nuclear Missiles, in: International Herald Tribune (IHT) vom 29.5.1989. Andrew Goldmann plädierte dagegen für einen Verzicht auf die Artillerie, wenn Raketen und TASM modernisiert und aufgestockt würden. Ders.: NATO needs a new Missile, in: Orbis 32,4 (Herbst 1988) S. 541-550.
  - 10 Vgl.: British American Security Information Council: NATO Nuclear Planning after the Cold War, London 1990.
  - 11 Vgl. Volker Rühle: Perspektiven der Friedenssicherung in Europa, in: Europa Archiv (EA) 42 (23/1987) S. 675-682, Ders.: Eine aktive Strategiedebatte tut not, SZ vom 21.1.1988. Unter "absolutem Minimum" verstand Rühle ein um die Hälfte reduziertes Potential, vgl: FAZ vom 2.12.1988 und FAZ vom 27.12.1988. Vgl. in diesem Zusammenhang ebenfalls Karl Kaiser: Wozu Atomwaffen in Zeiten der Abrüstung? in: EA 9/1989, S. 261-272; Karl Lamers: Eine Europäische Lösung für Deutschland, Manuskript, März 1990: siehe ebenfalls die Ausführungen von Verteidigungsminister Stoltenberg, in: FAZ, 13.3.1990, S.1.
  - 12 Vgl. SZ, 3. Mai 1990, S. 6; ebenso SZ, 7. Mai 1990, S. 7.
  - 13 Vgl.: Dieter Mahncke: Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954-1970, New York/Berlin 1972; Kurt J. Lauk: Die nuklearen Optionen der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1979.
  - 14 Siehe hierzu den Essay von Egon Bahr: Es reicht mit Frankreich, in: Egon Bahr/Gert Krell/Klaus von Schubert (Hrsg.): Friedensgutachten 1989 (Hamburg 1989, IFSH), S. 16-20.
  - 15 Alain C. Enthoven: "U.S. Forces in Europe: How many? Doing what?" in: Foreign Affairs 53,3 (April 1975), S. 513-532.
  - 16 Siehe beispielsweise: The British American Security Information Council (Hrsg.): The Comprehensive Concept on Defense and Disarmament for NATO from Flexible Response to Mutual Defensive Superiority, London/Washington 1989; siehe ebenfalls: Leon V. Sigal: "The Case for Eliminating Battlefield Nuclear Weapons", in: Arms Control Today, September 1989, S. 15-20.



- 17 Egon Bahr/Andreas von Bülow/Karsten D. Voigt: Europäische Sicherheit 2000. Überlegungen zu einem Gesamtkonzept für die Sicherheit Europas aus sozialdemokratischer Sicht, Bonn 1989.
- 18 Karl Kaiser: "Wozu Atomwaffen in Zeiten der Abrüstung?" in: Europa Archiv Folge 9/1989, S. 261-272.
- 19 Anzumerken ist, daß das Konzept der minimierten Abschreckung nicht mit dem vor allem in den USA verwendeten Begriff der Minimalabschreckung identisch ist. Letzterer bezeichnet eher einen technischen Sachverhalt, nämlich die Anzahl von Atomsprengköpfen, die erforderlich ist, um der anderen Seite einen unakzeptablen Schaden zuzufügen.
- 20 Vgl. Michael Quinlan: Gerechte Abschreckung als Sicherheitssystem, in: Uwe Nerlich/ Trutz Rendtorff (Hrsg.), Nukleare Abschreckung - Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität, Baden-Baden 1989, S. 841-850; vgl. auch: Thomas Hoppe/Hans Joachim Schmidt: Konventionelle Stabilisierung. Militärische und rüstungspolitische Fragen eines Kriegsverhütungskonzepts mit weniger Kernwaffen aus ethischer und politikwissenschaftlicher Sicht, HSK Forschungsbericht, 1/1990, Frankfurt/M. 1990, S. 9.
- 21 Der Bundesminister für Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 1985, Bonn 1985, S. 29.
- 22 Relativ deutlich hat in letzter Zeit Karl-Heinz Kamp diesen Abschreckungseffekt betont. "Wollen wir wirklich die Möglichkeit eines 'ungewollten' Nuklearkrieges mit Sicherheit ausschliessen? Wie wäre es um das westliche Konzept der Abschreckung eines jeden Krieges, nicht nur des nuklearen, bestellt, wenn die Supermächte sicher sein könnten, ein Entgleiten der Kontrolle vermeiden zu können? Vermutlich wären sie in Krisensituationen zu höheren Risiken bereit, wodurch wiederum die Krise selbst eskalieren könnte. Es darf nicht verkannt werden, daß gerade die Möglichkeit des Versagens der Eskalationskontrolle, d.h. die Gefahr, daß ein konventioneller Konflikt aufgrund technischen Versagens oder menschlichen Fehlverhaltens zu einem nuklearen Schlagabtausch führt, beide Supermächte zu einem sehr risikobewußten Umgang miteinander zwingt." Zitiert nach: Nukleare Kurzstreckenwaffen in Europa - Abschaffen oder modernisieren?, Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 10/1988, Sankt Augustin 1988, S. 30.
- 23 Wolfgang Heisenberg: The Alliance and Europe, Part One: Crisis Stability in Europe and Tactical Nuclear Weapons, Adelphi Paper No. 96 (Sommer 1973).



- 24 John J. Midgley: *Deadly Illusions. Army Policy for the Nuclear Battlefield*, Boulder/London 1986. Trotz aller Studien und Versuche weiß die amerikanische Armeeführung bis heute nicht, wie sie den Übergang von der konventionellen zur nuklearen Kriegführung organisieren soll. Wahrscheinlich würden die für konventionelle Operationen optimierten Verbände bei einem nuklearen Schlagabtausch sehr schnell zusammenbrechen. Den wahrscheinlich letzten Rettungsversuch für eine nukleare Verteidigung haben jüngst Victor Utgoff und W.M. Christenson versucht. Vgl.: *Battlefield Nuclear Forces: An undervalued Option for improved Deterrence in Europe*, in: Stephen D. Biddle/Peter D. Feaver (Hg.): *Battlefield Nuclear Weapons. Issues and Options*, Boston 1989, S. 97-123. Allerdings konnten auch sie nicht überzeugend zeigen, wie sich Schäden in einem Nuklearkrieg reduzieren und sich die konventionelle Verteidigung auf ein nukleares Gefechtsfeld umstellen ließe.
- 25 Vgl. Leon Sigal: *The Case for Eliminating Battlefield Nuclear Weapons*, in: Biddle/Feaver (Anm. 24) S. 33-53, hier S. 42. Kelleher beziffert die "special weapons custodial forces" auf ca. 10.000 - 25.000 Soldaten. Vgl.: Catherine McArdle Kelleher: *Managing NATO's Tactical Nuclear Operations*, in: *Survival*, 30, 1 (Januar/Februar 1988) S. 59-78, hier S. 64.
- 26 FAZ, 26.10.1989, S.6.
- 27) Der artifizielle Charakter dieser Unterscheidung kommt auch deutlich bei der Bezeichnung der Nuklearwaffen zum Ausdruck. Ursprünglich unterschied die NATO nur zwischen TNW (Tactical Nuclear Weapons), also Nuklearwaffen kürzerer Reichweite für den Gefechtsfeldeinsatz, und FBS (Forward Based Systems), vorgeschobenen strategischen Nuklearwaffen. Erst in den siebziger Jahren wurden in Zusammenhang mit den SALT-Gesprächen und der sich abzeichnenden "Nachrüstung" mit den Bezeichnungen LRTNF (Long Range Theater Nuclear Forces) bzw. INF (Intermediate Range Nuclear Forces) neue Begriffe geläufig. Sie sollten die Existenz einer unabhängigen Streitkräftebalance suggerieren und damit sowohl den westlichen SALT-Ansatz, der eine Ausklammerung der FBS vorsah, absichern als auch die Notwendigkeit der Nachrüstung begründen. Die Sowjetunion hat diese Unterscheidung nie akzeptiert. Für sie gilt eine Nuklearwaffen dann als strategisch, wenn sie sowjetisches Territorium erreichen kann.
- 28 "Discriminate Deterrence": Memorandum of the Commission on Integrated Long-Term Strategy for the U.S. Secretary of Defense and the Assistant to the President for National Security Affairs, Washington 1988. Den



Vorsitz über die Kommission hatten Fred C. Iklé und Albert Wohlstetter inne. Zu den Mitgliedern der Kommission zählten immerhin Persönlichkeiten wie Brzezinski, Huntington und Kissinger.

- 29 Zur Entwicklung der Diskussion über einen nuklearen Ersteinsatz innerhalb der NPG vgl.: J. Michael Legge: Theater Nuclear Weapons and the NATO's Strategy of Flexible Response, RAND, Santa Monica 1983; zur Entwicklung der GPG vgl.: Lothar Rühl: "The Nuclear Balance in the Central Region and Strategic Stability in Europe", in: NATO's Sixteen Nations, August 1987, S. 18-25.
- 30 Paul Bracken kam beispielsweise zum Ergebnis, die TNF-Posture der NATO sei so angelegt, daß im Kriegsfall ein weitgehend unkontrollierter und massiver Einsatz von Nuklearwaffen kaum zu vermeiden wäre. Seiner Auffassung nach stellt sich der eigentliche Abschreckungseffekt der TNF gerade durch die Wahrscheinlichkeit ihres unkontrollierten Einsatzes her. Vgl.: Ders.: The Command and Control of Nuclear Forces, New Haven, 1983, S. 129-178; ebenso argumentiert Leon Sigal (Anm. 16), S.15f.
- 31 Anthony H. Cordesman: Deterrence in the 1980s, Part One: American Strategic Forces and Extended Deterrence, Adelphi Paper No. 175 (1982); vgl. neuerdings auch Eckhard Lübke: Extended Deterrence: The American Nuclear Commitment to the Federal Republic of Germany, Bonn 1989.
- 32 Stellvertretend für die mittlerweile sehr umfangreichen Fallstudien über das Verhalten von Staaten in Krisen vgl.: Ned Lebow: Between Peace and War: The Nature of International Crisis, Baltimore 1981. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Fallstudien werden in den USA zunehmend die Prämissen der rationalen Abschreckungstheorie hinterfragt. Vgl. hierzu zusammenfassend: Alexander L. George/Richard Smoke: "Deterrence and Foreign Policy", in: World Politics, 41,2 (Januar 1989), S. 179-182.
- 33 Vgl. Richard Ned Lebow/Janice Gross Stein: "Rational Deterrence Theory: I Think, Therefore I Deter", in: World Politics, 41,2 (Januar 1989), S. 207-224. Vgl. auch: Robert Jervis: Rational Deterrence: Theory and Evidence, ebd., S. 183-207, hier S. 196.
- 34 David S. Yost: France Deterrence Posture and Security in Europe, Part One: Capabilities and Doctrine, Adelphi Paper No. 194 (Winter 1984/85), S. 36ff.



- 35 Zur Entwicklung der französischen Nuklearstreitkräfte siehe: Francois Heisbourg: "The British and French Nuclear Forces: Current Roles and New Challenges", in: Survival, 31,4 (July/ August 1989), S. 301-320.
- 36 In den letzten Jahren hat die NATO - zum Teil wegen der Gefahr terroristischer Übergriffe - die Anzahl ihrer Nuklearwaffendepots in Europa von ca. 100 auf ca. 50 reduziert. Vgl. Eric H. Thoemmes: "Restructuring NATO's Nuclear Posture: Objectives, Options, Obstacles", in: Strategic Review, Sommer 1989, S. 56-66, hier S. 64. Andere Quellen sprechen sogar davon, die meisten nuklearen Gefechtsköpfe für TNF befänden sich in nur knapp über zwanzig Depots. Vgl. Leon Sigal (Anm.25) S. 44
- 37 Daniel Charles: Nuclear Planning in NATO. Pitfalls of First Use, Cambridge 1987, S. 47ff.
- 38 Vgl.: Patrick E. Tyler/R. Jeffrey Smith: Study Finds NATO War Plans Outdated, in: Washington Post, 29.11.1989, S. 1,22. Zu den geplanten Mobilisierungs- und Vorbereitungsmaßnahmen der NATO während einer Krise vgl. Bruce G. Blair: Alerting in Crisis and Conventional War, in: Ashton B. Carter/John D. Steinbrunner/Charles A. Zraket (Hrsg.): Managing Nuclear Operations, Washington 1987, S. 75-120.
- 39 R. Jeffrey Smith/Patrick E. Taylor: "Soviets Grided for War in '68, Study says", in: Washington Post, 29.11.1989 S. A 23.
- 40 Vgl. Paul Bracken: War Termination, in: Ashton B. Carter/John D. Steinbrunner/Charles A. Zraket (Hrsg.): Managing Nuclear Operations (Anm. 38), S. 197-214.
- 41 Zur Entwicklung der sowjetischen euronuklearen Doktrin und zum Potential vgl.: Stephen M. Mayer: Soviet Theater Nuclear Forces: Part One: Development of Doctrine and Objectives, Adelphi Paper No. 187 (Winter 1983/84) und Part Two: Capabilities and Implications, Adelphi Paper No. 188 (Winter 1984/84).
- 42 Das amerikanische Truppenhandbuch Field Manual 100-5 charakterisiert die vorgeplanten nuklearen Pakete wie folgt: "Jedes Paket muß genügend Nuklearwaffen umfassen, um die taktische Situation nachhaltig zu verbessern und den Auftrag zu erfüllen." Field Manual 100-5, Washington 1982, S. 7-12. Verschiedene Autoren gehen davon aus, daß die Freigabe eines solchen Paketes bis zu 100 Nuklearwaffen umfasst hätte. Diese Zahl wird so hoch veranschlagt, weil Truppenkommandanten vor-



- aussichtlich die Freigabe relativ vieler Nuklearwaffen beantragt hätten, um über Flexibilität zu verfügen. Vgl.: James M. Garrett: "Nuclear Weapons for the Battelfield: Deterrent or Phantasy?" in: Journal of Strategic Studies 10,2 (Juni 1987), S. 168-188, insbesondere S. 179.
- 43 Daniel Charles: Nuclear Planning in NATO (Anm. 37), S. 85f. Vgl. auch: Gregory F. Treverton: The Shift to Longer-Range Systems, in: Biddle/Feaver (Anm. 24) S. 55-66, hier S. 61.
- 44 Daniel Charles: Nuclear Planning in NATO (vgl. Anm. 37) S. 54f.
- 45 Vgl. die graphische Übersicht in: The Guardian, 3. Mai 1990, S. 5.
- 46 Daniel Charles: Nuclear Planning in NATO (Anm. 37) S. 85f.
- 47 Gert Krell: The Federal Republic of Germany and Arms Control, PRIF Reports No. 10, Frankfurt 1990.
- 48 "Indeed reconciling West Europe's dominant power to its historically anomalous status of self-denial is one of NATO's raisons d'etre and the principal purpose of extended deterrence." Vgl.: Leon Sigal (Anm. 25) S. 52.
- 49 In den USA wird bereits die zweiten Generation von Abstandswaffen mit einer Reichweite von 625 km entworfen. Problematisch ist dabei insbesondere, daß alle Fortschritte der "Cruise Missile" Technologie - gearbeitet wird an Systemen mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit und STEALTH-Design - auch auf die neuen Abstandswaffen übertragen werden könnten.
- 50 Gorbatschow war schon im Sommer 1989 von der Position, auf einem Abzug aller taktischen Nuklearwaffen zu bestehen, abgerückt. Vgl. hierzu New York Times, 7.7.1989. Im November desselben Jahres unterbreiteten sowjetische Sprecher inoffiziell den Vorschlag, beide Seiten sollten die Anzahl ihrer substrategischen Gefechtsköpfe in Europa auf 400-1.000 Stück reduzieren. Vgl. US News and World Report, 6.11.1989.